

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: 3 Mark monatlich, 30 Mark vierteljährlich, 120 Mark jährlich, 1,20 Mark pro Monat. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,30 Mark pro Monat. Eingeschlossen in die Post-Zustellung: Unter Kreuzband für Deutschland und Ostpreußen 2,20 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Gründet 1894.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsprobationale Anzeigepreise aber deren Raum 60 Wg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Wg. „Kleine Anzeigen“, das ist jede Zeile Wort 20 Wg. (zwei Zeilen 20 Wg. für die erste Zeile 10 Wg. für die zweite Zeile 10 Wg. für die dritte Zeile 10 Wg. für die vierte Zeile 10 Wg. für die fünfte Zeile 10 Wg. für die sechste Zeile 10 Wg. für die siebte Zeile 10 Wg. für die achte Zeile 10 Wg. für die neunte Zeile 10 Wg. für die zehnte Zeile 10 Wg. für die elfte Zeile 10 Wg. für die zwölfte Zeile 10 Wg. für die dreizehnte Zeile 10 Wg. für die vierzehnte Zeile 10 Wg. für die fünfzehnte Zeile 10 Wg. für die sechzehnte Zeile 10 Wg. für die siebenzehnte Zeile 10 Wg. für die achtzehnte Zeile 10 Wg. für die neunzehnte Zeile 10 Wg. für die zwanzigste Zeile 10 Wg. für die einundzwanzigste Zeile 10 Wg. für die zweiundzwanzigste Zeile 10 Wg. für die dreiundzwanzigste Zeile 10 Wg. für die vierundzwanzigste Zeile 10 Wg. für die fünfundzwanzigste Zeile 10 Wg. für die sechsundzwanzigste Zeile 10 Wg. für die siebenundzwanzigste Zeile 10 Wg. für die achtundzwanzigste Zeile 10 Wg. für die neunundzwanzigste Zeile 10 Wg. für die dreißigste Zeile 10 Wg. für die einunddreißigste Zeile 10 Wg. für die zweiunddreißigste Zeile 10 Wg. für die dreiunddreißigste Zeile 10 Wg. für die vierunddreißigste Zeile 10 Wg. für die fünfunddreißigste Zeile 10 Wg. für die sechsunddreißigste Zeile 10 Wg. für die siebenunddreißigste Zeile 10 Wg. für die achtunddreißigste Zeile 10 Wg. für die neununddreißigste Zeile 10 Wg. für die vierzigste Zeile 10 Wg. für die einundvierzigste Zeile 10 Wg. für die zweiundvierzigste Zeile 10 Wg. für die dreiundvierzigste Zeile 10 Wg. für die vierundvierzigste Zeile 10 Wg. für die fünfundvierzigste Zeile 10 Wg. für die sechsundvierzigste Zeile 10 Wg. für die siebenundvierzigste Zeile 10 Wg. für die achtundvierzigste Zeile 10 Wg. für die neunundvierzigste Zeile 10 Wg. für die fünfzigste Zeile 10 Wg. für die einundfünfzigste Zeile 10 Wg. für die zweiundfünfzigste Zeile 10 Wg. für die dreiundfünfzigste Zeile 10 Wg. für die vierundfünfzigste Zeile 10 Wg. für die fünfundfünfzigste Zeile 10 Wg. für die sechsundfünfzigste Zeile 10 Wg. für die siebenundfünfzigste Zeile 10 Wg. für die achtundfünfzigste Zeile 10 Wg. für die neunundfünfzigste Zeile 10 Wg. für die sechzigste Zeile 10 Wg. für die einundsechzigste Zeile 10 Wg. für die zweiundsechzigste Zeile 10 Wg. für die dreiundsechzigste Zeile 10 Wg. für die vierundsechzigste Zeile 10 Wg. für die fünfundsechzigste Zeile 10 Wg. für die sechsundsechzigste Zeile 10 Wg. für die siebenundsechzigste Zeile 10 Wg. für die achtundsechzigste Zeile 10 Wg. für die neunundsechzigste Zeile 10 Wg. für die siebenzigste Zeile 10 Wg. für die einundsiebzigste Zeile 10 Wg. für die zweiundsiebzigste Zeile 10 Wg. für die dreiundsiebzigste Zeile 10 Wg. für die vierundsiebzigste Zeile 10 Wg. für die fünfundsiebzigste Zeile 10 Wg. für die sechsundsiebzigste Zeile 10 Wg. für die siebenundsiebzigste Zeile 10 Wg. für die achtundsiebzigste Zeile 10 Wg. für die neunundsiebzigste Zeile 10 Wg. für die achtzigste Zeile 10 Wg. für die einundachtzigste Zeile 10 Wg. für die zweiundachtzigste Zeile 10 Wg. für die dreiundachtzigste Zeile 10 Wg. für die vierundachtzigste Zeile 10 Wg. für die fünfundachtzigste Zeile 10 Wg. für die sechsundachtzigste Zeile 10 Wg. für die siebenundachtzigste Zeile 10 Wg. für die achtundachtzigste Zeile 10 Wg. für die neunundachtzigste Zeile 10 Wg. für die neunzigste Zeile 10 Wg. für die einundneunzigste Zeile 10 Wg. für die zweiundneunzigste Zeile 10 Wg. für die dreiundneunzigste Zeile 10 Wg. für die vierundneunzigste Zeile 10 Wg. für die fünfundneunzigste Zeile 10 Wg. für die sechsundneunzigste Zeile 10 Wg. für die siebenundneunzigste Zeile 10 Wg. für die achtundneunzigste Zeile 10 Wg. für die neunundneunzigste Zeile 10 Wg. für die hundertste Zeile 10 Wg.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verleger: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 22. Juni 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Verleger: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die wirtschaftlichen Folgen des Krieges in Rußland.

Als der Krieg ausbrach und der Export unterbunden wurde, wußte man in Rußland zunächst nicht, was man mit den Getreidevorräten, vor allem mit den bedeutenden Mengen Butter, Eier usw. anfangen sollte. Es folgte zunächst ein ziemlich heftiger Preissturz. Sehr bald änderte sich aber das Bild und schon Ende 1914 standen die Warenpreise im Durchschnitt von 62 inneren Märkten um 21,2 Proz. höher als Ende 1913. Indes, man beachtete im allgemeinen diese Preisänderung wenig; man lebte im Glauben, daß Rußland reich an Lebensmitteln sei und große Mengen davon irgendwo aufgespeichert liegen müssen, die bloß aus der Desorganisation des Verkehrs den Konsumenten nicht erreichen können. „Bei uns“, schreibt ein bekannter Volkswirt Bješčichonow in dem 3. Heft der „Rußlja Sapiski“ des laufenden Jahres, „hat man zu Beginn des Krieges damit geprahlt, daß wir den Krieg gar nicht merken“... Lange noch hat man nicht begreifen wollen, woher der aufstrebende Mangel, den geringsten Zweifel an unserem Reichtum abweisend, und die ganze Schuld daran aufs Konto der Verkehrsstockung und der Spekulation legend.“

Allein die Lenierung wurde immer fühlbarer und wuchs sich rasch zu einer nationalen Katastrophe aus. Ende 1915 standen die Warenpreise selbst auf den innerrussischen Märkten, die relativ weniger unter der Verkehrsdesorganisation litten, um 79,2 Proz. über dem Preisstand von Ende 1913; dabei war selbst der Weizenpreis um 62,2 Proz. und der Roggenpreis gar um 78,5 Proz. höher als 1913. Nun wurde man allgemein darüber stutzig, insbesondere in den letzten Monaten, als man an absolute Mangel mancher Gegenstände, vor allem von Fleisch und Butter, zu leiden begann.

Für den Kenner der russischen Verhältnisse ist diese Entwicklung gar nicht verwunderlich. Rußland führt zwar ziemlich bedeutende Mengen Getreide aus, aber nur deshalb, weil seine Bevölkerung selber sich schlecht ernährt. Im Durchschnitt der Jahre 1909 bis 1913 führte Rußland 725 Millionen Pud (119 Millionen Tonnen) Getreide aus, davon an Weizen und Weizenmehl 264,6 Millionen, an Gerste 226,8 Millionen, an allen anderen Getreidearten 234 Millionen Pud. Nun waren die Ernten der letzten Jahre bedeutend hinter dem Durchschnitt der vorhergehenden Jahre zurückgeblieben. So berechnet das Landwirtschaftsinstitut in Rom eine Produktion von Weizen für 1915 auf 231,9 Millionen Doppelzentner, während Rußlands innerer Bedarf an Weizen sich auf 242,8 Millionen stellt. Die einheimische Produktion konnte also schon den normalen Bedarf nicht decken, wie sollte es den durch den Krieg gewaltig gesteigerten Bedarf befriedigen?

Für das kommende Jahr stellen sich die Verhältnisse noch bedeutend ungünstiger, da inzwischen der Getreideanbau stark reduziert wurde. So teilte kürzlich das Landwirtschaftsministerium mit, daß in Südostrußland, dem Hauptgetreidegebiet, die Anbaufläche für Wintergetreide um 20-50 Proz. stellenweise selbst um 75 Proz. verkleinert wurde. Als Ursachen werden der Mangel an Arbeitern, Arbeitsvieh und an Saat, die Desorganisation infolge der Liquidierung des Landbesitzes der deutschen Kolonisten usw. angeführt. „Daran“, fügt dem der russische Publizist Petriščew in demselben Heft der „Rußlja Sapiski“ hinzu, „daß durch vergrößerten Anbau von Sommergetreide diese Lücke ausgefüllt werde, ist nicht zu denken.“

Viel schlimmer steht es mit der Viehzucht Rußlands. Am 18. Februar teilte der Landwirtschaftsminister in der Duma mit, daß im ersten Kriegsjahr Rußland 14 Millionen Stück Vieh verzeht hat, während der normale jährliche Zuwachs etwa 9 Millionen ausmachte. Außerdem sind durch die Evakuierung von Polen und Litauen etwa 4 Millionen Stück verloren gegangen, so daß der Gesamtviehbestand im ersten Kriegsjahr von 52 auf 43 Millionen gesunken ist. Man kann sich demnach vorstellen, wie es in dieser Beziehung nach dem zweiten Kriegsjahr aussieht.

Frägt man sich, wie ist dieser relativ große Verbrauch von Fleisch möglich gewesen, so erhält man darauf aus folgenden Zeitungsmeldungen eine klare Antwort. Die „Nowoje Wremja“ vom 18. Januar meldet:

„Im Frühjahr 1915 kaufte die Regierung gewaltige Partien Vieh und ließ sie durch Lieferanten den Winter füttern. Das Vieh wurde sehr schlecht behandelt, und große Mengen davon fielen. Da die Lieferanten für den Fall, wenn das Vieh an Godelmaus erkrankte, nicht verantwortlich waren, so wurde plötzlich ein großer Teil von dem Vieh eben daran krank.“ In Wirklichkeit mußte die Regierung das Vieh eben daran krank lassen, weil sie es nicht anders konnte. „Den „Rußlja Wjedomosti“ vom 18./II. wurde aus Smolensk geschrieben:

„Ende Januar wurde die dritte Requisition von Vieh vorgenommen. Eine unpassendere Zeit könnte man sich gar nicht denken, da die Kühe gerade in dieser Jahreszeit kalben. Was ist nun geschehen? Bei den Kühen, die das Kalb noch nicht geworfen haben, geht die Zucht verloren; die anderen, die schon gefalbt haben, können die Jungen nicht aufziehen, so daß man gar nicht weiß, was mit diesen anzufangen. Auf diese Weise geht die ganze Zucht verloren... Dadurch wird aber auch die Milchgewinnung vermindert...“

Solchen Nachrichten begegnet man in der Presse ziemlich häufig. Der gleichen Zeitung wird berichtet, daß die Bauern es vorziehen, ihr Vieh an Spekulanten für die Hälfte des Preises zu veräußern, statt es an die Requisitionskommissionen abzuliefern. Das Resultat ist: Vernichtung des Viehstandes und Vereinerung der Spekulanten, während es den Bauern nicht allein an Arbeitsvieh, sondern auch an Geld mangeln wird, sich anderes Vieh zu kaufen.

Es wäre leicht, noch Nachrichten darüber zu sammeln, wie gewaltige Mengen Fleisch einfach verfaulen, weil man sie nicht rechtzeitig transportiert hat. Nur eine Meldung der „Njesch“ möge hier diese Seite der Frage noch beleuchten. Rußland leidet jetzt an absolutem Mangel an Leder; die Soldaten sollen Bastische bekommen. Man faßt sich unwillkürlich an den Kopf und fragt, wie ist dies bei dem gewaltigen Fleischverbrauch möglich, wo sind denn die Felle hin. Darauf antwortet eben die Meldung der „Njesch“, daß in Umot gewaltige Mengen von Fellen angehäuft liegen, die schon zu faulen beginnen und trotzdem nach Rußland nicht transportiert werden, weil dazu keine Wagen vorhanden sind. Die jüdischen Gerber aus den besetzten Gebieten wünschten zwar, an Ort und Stelle Gerbereien einzurichten, wurden aber abgewiesen, weil sie dort kein „Wohnrecht“ haben...“

Man sieht daraus, daß die wirtschaftlichen Schäden des Krieges viel größer sind, als sie bloß durch die unmittelbaren Kriegsausgaben zum Ausdruck kommen. Aber auch schon diese sind gewaltig. Sie stellen sich jetzt, nach der Erklärung des Finanzministers am 2. März 1916 im Reichsrat auf 31,5 Millionen Rubel pro Tag (d. h. über zwei Milliarden Rubel im Monat). Die Gesamtausgaben des Jahres 1916 sind auf 15,25 Milliarden Rubel veranschlagt, während die Einnahmen mit 2,9 Milliarden geschätzt werden. Die russische Staatsschuld, die sich von Anfang 1914 bis Anfang 1916 von 8,8 auf 17,8 Milliarden Rubel erhöht hat, muß demnach bis Ende 1916 auf rund 30,2 Milliarden steigen; der Schuldendienst, der 1914 402 Millionen gefordert hat, wird 1916 voraussichtlich 1113 Millionen betragen und später sich noch weiter steigern. Mit anderen Worten: der Schuldendienst allein wird fast sämtliche Einnahmen aus direkten und indirekten Steuern (die 1913 980 Millionen ergaben und 1916 nach mehrmaliger Steuererhöhung und Einführung einer großen Reihe von neuen Steuern auf 1407 Millionen geschätzt werden) verschlingen.

Wenn man den Schuldendienst auf den Kopf der Bevölkerung verteilt, erhält man anscheinend geringe Zahlen. Das beweist aber bloß, wie irreführend diese Methode der Profopfberechnung ist. Auf diese Weise könnte man herausrechnen, daß China die größte Staatsschuld leicht ertragen könnte. In Wirklichkeit stellt sich selbst nach den Angaben des Landwirtschaftsministers der jährliche normale Ertrag der Arbeit in Rußland auf 15 Milliarden Rubel, wovon als Ersparnis doch höchstens 2,5 Milliarden Rubel (in Deutschland etwa 3,5 Milliarden Rubel) zu betrachten ist, so daß der Krieg schon in den ersten zwei Jahren Ersparnisse von mindestens 7 Jahren vernichten wird, d. h. selbst wenn alle Ersparnisse für die Deckung der Kriegskosten aufgewandt werden sollten, so müssen fünf Jahre vergehen, um die Lücken auszufüllen. Es wäre aber leicht zu beweisen, daß dazu mindestens noch acht Jahre notwendig sein werden.

Wenn wir dem noch hinzufügen, daß die Entwertung des Geldes dabei zu sinnloser Verschwendung der rasch reich werdenden Spekulanten und anderer Bevölkerungsschichten führt, so muß man den Schlussfolgerungen Bješčichonows zustimmen, der über die Kriegsfolgen referierend folgendes sagt:

„Man muß gestehen, daß wir wie irgendwelche Verrückte die Kerze an beiden Enden angezündet haben. Unser nationales Kapital — auch sonst sehr bescheiden — wird in gewaltigem Umfang auf den Kriegstheatern vernichtet und zerschmettert rasch unter dem heißen Atem des Krieges hinter der Front, selbst in den am entferntesten liegenden Gebieten.“ Und er fragt, was wird das Land tun, wenn es in die Lage kommt, in der sich der Uspenskißer Bauer mit einem „vierten Teil des Pferdes“ befand...“

Natürlich ist damit nicht gesagt, daß Rußland keine wirtschaftliche Zukunft mehr habe: selbstredend wird es sich früher oder später auch von den Folgen dieses Krieges erholen, wie es sich nach dem Russisch-Japanischen Kriege erholt hat. Damals sind aber fünf bis sechs Jahre vergangen, bis Rußland einen neuen Aufschwung erleben konnte, und der ostasiatische Feldzug ist doch nur ein Kinderspiel im Vergleich mit dem jetzigen Kriege! Trotzdem ist es zu erwarten, daß, falls der Krieg bald ein Ende nimmt und Rußland keine neuen Lasten auf sich zu nehmen braucht, noch sonstwie bedeutend geschwächt wird, Rußland nach einiger Zeit als bedeutender Käufer auf dem ausländischen Markt auftreten wird. Selbstredend wird es dazu die Kapitalunterstützung des Auslandes bedürfen, die ebenfalls vom Ausgange des Krieges abhängt.

Es ist auch überflüssig, noch besonders zu betonen, daß der beste Weg zur Befreiung der Volkswirtschaft die Einschränkung der Rüstungsausgaben wäre, die eine außerordentliche Last darstellen. Allein eine solche Maßnahme könnte nur auf internationaler Grundlage, durch gemeinsames Vorgehen aller Großstaaten getroffen werden.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 21. Juni. (W. L. W.) Amtlicher Bericht vom Dienstag nachmittag. Auf dem rechten Maasufer griffen die Deutschen während der Nacht dreimal die französischen Stellungen nordwestlich von Höhe 321 an, unsere Maschinengewehre und unsere Sperrfeuer brachen diese Versuche. Starke Artilleriefeuer in der Gegend von Vouz, Chaville und auf dem linken Ufer im Abschnitt von Chantancourt. Im Boisgenwald scheiterte ein deutscher Handstreich gegen unsere vordersten Stappen in der Gegend von Nichebach südlich von Lhonn.

Paris, 21. Juni. (W. L. W.) Amtlicher Bericht vom Dienstag abend. Außer ziemlich lebhaftem Artillerielampf, der in der Gegend südlich von Font Vouz tobte, ist von der ganzen Front kein wichtiges Ereignis zu melden.

Belgischer Bericht: Artillerielampf und Bombenwürfe in der Gegend von Steenstraete, Ruhe auf der übrigen Front.

Die englische Meldung.

London, 21. Juni. (W. L. W.) Britischer Seeresbericht. Minütengleicheit und gegenseitige Beschießung im Abschnitt von Zook, wo wir gestern nacht eine große Abteilung feindlicher Schanzarbeiter überraschten, mit Bomben betrafen und ihnen zahlreiche Verluste zufügten.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 21. Juni. (W. L. W.) Amtlicher Bericht vom 20. Juni.

Westfront. In einigen Abschnitten der Front der Russischen Armeen machte der Gegner heftige Gegenangriffe. Nach vervollständigten Berichten, welche die Kämpfe in der Gegend nördlich des Dorfes Hadomicze am Südr. westlich des Dorfes Kollis umfassen, machten unsere Truppen dort am 17. Juni 96 Offiziere, 3187 Soldaten zu Gefangenen und erbeuteten 17 Maschinengewehre. Durch unser Feuer wiesen wir einen feindlichen Angriff ab, der von deutschen Truppen unterstützt in der Umgegend des Dorfes Woronezhn (acht Kilometer) nordöstlich Kisteln, sieben Meilen nördlich der großen Straße Luel — Wladimir — Wolynsk vorgetragen wurde. Nach den in letzter Stunde eingetroffenen Meldungen trieben unsere Truppen nach einem Gegenangriff in der Gegend von Rogowicze (5 Kilometer) südöstlich des Dorfes Wolocze den Feind zurück und nahmen ihm 16 Offiziere, 1200 Soldaten sowie 8 Maschinengewehre ab. Man meldet, daß in dieser entscheidenden Kampfhandlung eine unserer Schützenbataillone in sehr geschickter Weise manövrierte. Es griff den Feind nicht nur von der Flanke her an, sondern rollte sogar seine ganze Front auf. Dieses Bataillon, welches zu einem unserer zukunftsreichsten Schützenregimenter gehört, zwang den Gegner zum Rückzug und nahm ihm die drei Kanonen wieder ab, deren Verlust gemeldet war. Ein anderes Bataillon machte gestern 300 Gefangene und erbeutete zwei Maschinengewehre.

In der Gegend des Bahnhofs Dschonikowo (44 Kilometer) östlich Sarny, mußte ein deutsches Flugzeug landen; wir nahmen den Führer und Beobachter gefangen.

In der Gegend von Hajworonka und Wisniowczyk nördlich Wuczacz, leistet der Gegner erbitterten Widerstand.

Auf dem äußersten linken Flügel geht der Feind in voller Auflösung zurück, von unseren Truppen energisch verfolgt. Wir besetzten die Dörfer Jadoma (38 Kilometer westlich Czernowiz), Storożnec, Glibolo (22 Kilometer südlich Czernowiz) am Sereth.

Nordwestfront. An der Dinafront werden die feindlichen Befestigungen stellenweise heftig von uns beschossen. Nördlich von Spigla und östlich des Wiczniow-Sees versuchte der Feind mit Schützen an unsere Gräben heranzukommen, er mußte in unserem Infanteriefeuer zurück.

Kaukasus: Bei Sarpool an der Straße nach Bagdad wurden Angriffe feindlicher Infanterie und Kavallerie mit großen Verlusten für den Feind abgeblasen.

Anmerkungen. Ein ergänzter Bericht meldet eine ganz außerordentliche Heldentat unserer reitenden Artillerie. In dem Kampf am 10. Juni, in dem der Feind aus seinen besetzten Stellungen bei Dna südöstlich von Jaleszczki geworfen wurde, und seinen suchtartigen Rückzug in der allgemeinen Richtung auf Jastawna begann, folgte sie entbrannt vor Begeisterung durch die Erfolge und ohne Zaudern mit unserer Infanterie den Desertheuern und hinderte diese, sich in den ausgebauten Aufnahmestellungen festzusetzen. So ging eines unserer Regimenter gegen Jastawna vor und auf gleicher Höhe mit seinen Schützenlinien die reitende Batterie einer Artillerieabteilung. Der Führer dieser Abteilung sah, wie feindliche Infanterie gruppenweise aufgelöst und in großer Post durch Jastawna zurückflutete und darauf eine feindliche Batterie, die sich auf der Chaussee zu retten suchte. Er war überzeugt, daß die Batterie, da keine Kavallerie zur Hand war, sicher entkommen würde, und entschloß sich deshalb, die Verfolgung mit seinen Reitern anzunehmen.

Ohne einen Augenblick zu zögern, drangen 60 Reiter, an der Spitze die Offiziere und der Batterieführer, Oberst Schirkin, in Jastawna ein, von wo der Oberst 40 Reiter zur Verfolgung der fliehenden Infanterie und den Kapitän Rassonow mit den anderen Reuten zur Verfolgung der zurückgehenden Batterie ansetzte. Die erste Gruppe der Reiter machte eine Anzahl von Flüchtenden nieder und nahm 150 Infanteristen gefangen. Der anderen Gruppe des Kapitän Rassonow gelang es, die Batterie einzuholen.

deren Bedienungsmannschaft sich auf der Flucht mit Karabinern und Revolvern verteidigte. Erst nach dem Tode des feindlichen Batteriechefs, der durch einen Regenbeschuss fiel, und nachdem einige Vorderpferde und Vorderreiter der Geschütze erschossen waren, machte die Batterie halt und ergab sich. Bei dieser Attacke macht der Kapitän Raissow im ganzen zwei Offiziere, 79 Artilleristen zu Gefangenen und erbeutete 30 Pferde mit Geschirren sowie vier noch gebrauchsfähige Geschütze und Munitionswagen. Als der Feind den Verlust seiner Batterie bemerkte, eröffnete er ein ungezieltes Feuer, ungeachtet dessen die eroberte Batterie glücklich weggebracht werden konnte. Unsere Batterie verlor dabei nur den Wagnisseiter, zwei Artilleristen und einige Pferde.

Englische Matrosen für Rußland.

London, 20. Juni. (W. Z. B.) „Daily Mail“ meldet aus Petersburg, daß die britische Truppeneinheit, die vorige Woche in Rußland angekommen ist, aus ein paar Hundert Matrosen besteht. Es handelt sich um eine Panzerautomobilabteilung der Flotte.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 20. Juni. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht. Am 18. Juni wiesen wir keine feindliche Angriffe im oberen Gemontal (Sarca) flussaufwärts von Daone, gegen Chiave, in der Richtung auf den Monte Giove und im Pustinal ab. Lebhafter Kampf dauerte gestern auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden im Frontabschnitt nordöstlich und nördlich von Schleggen an. Heftige Stürme vermehrten die Schwierigkeiten unseres Vorrückens. Die wiesien die gewöhnlichen Gegenangriffe, welche der Feind hartnäckig vortreibt, um unsere Fortschritte aufzuhalten, zurück. Auf dem rechten Flügel nahmen unsere Alpentruppen dem Feinde 200 weitere Gefangene ab. Im oberen Votte-Tal griff der Gegner in der Nacht zum 19. Juni die jüngst von uns eroberten Stellungen wiederholt an, wurde aber mit empfindlichen Verlusten abgeschlagen. Unsere Batterien haben den Bahnhof Toblach und die Straße nach Landro (Rienz-Tal) beschossen. In Carnien und am Tsongo einige Artilleriegefechte.

Bulgarischer Bericht.

Sofia, 20. Juni. (W. Z. B.) Bericht des Generalstabes.

Die Lage an der Front in Mazedonien ist unverändert. Schwaches Artilleriefeuer auf beiden Seiten dauert an. Im Bardartale südlich von Doiran und Gervgheli war am 18. Juni der Artilleriekampf ein wenig lebhafter. Am selben Tage zerstreute unsere Patrouillen am rechten Ufer des Bardar südlich von Belasitza-Planina mehrere Kavallerieabteilungen, die in jenem Gebiet Erkundungen ausführten und schlugen sie in die Flucht. Feindliche Flieger warfen erfolglos Bomben auf Pardoigt, Doiran und bewohnte Ortschaften des Abschnittes von Kipel. Eines unserer Flugzeuge griff bei Porto Lagos einen feindlichen Transport an, beschloß ihn und bewarf ihn mit Bomben, wobei die Brücke des Schiffes getroffen und ernstlich beschädigt wurde.

Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 21. Juni. (W. Z. B.) Bericht des Hauptquartiers:

An der Front kein Ereignis von Bedeutung. Kaukasusfront: Auf dem rechten Flügel keine Veränderung. Im Zentrum in einzelnen Abschnitten Artillerie- und Infanteriefire. Auf dem linken Flügel schloß ein überraschender Angriff, den der Feind mit einem Teil seiner Kräfte versuchte, infolge unseres glücklichen Feuers. Ein Flugzeug, das über Sebduh Bahr erschienen war, wurde durch unser Feuer verjagt. Einige Schiffe des Feindes, die bei der Insel Keusten in Sicht gekommen waren, wurden durch unser Feuer verjagt. Am 18. Juni um 9 Uhr morgens griffen 9 Flugzeuge des Feindes El Arisch mit Bomben und Maschinengewehren an. Durch unser Feuer wurden 2 Flugzeuge abgeschossen. Wir stellten fest, daß eins von ihnen in Flammen gehüllt abfiel. Dieser Luftangriff, der zwei Stunden dauerte, war ergebnislos, denn der Feind konnte keinen Schaden anrichten.

Kämpfe am Suezkanal.

London, 20. Juni. (W. Z. B.) Amtliche Meldung. Ein Flugzeug betraf gestern den neuen Flugplatz des Feindes, fünf Meilen südlich von El Arisch, östlich vom Suezkanal, mit Bomben. Zwei Flugzeuge, die außerhalb der Schuppen auf der Erde standen, wurden dabei zerstört, ein Flugzeugführer, ein Beobachter und mehrere Mechaniker getötet. Von zehn Schuppen brannten zwei vollständig nieder. In vier Schuppen, die wiederholt betrorfen wurden, sind vermutlich wenigstens fünf Flugzeuge kampfunfähig gemacht worden. Die Flieger griffen auch feindliche Truppenlager mit Bomben und Maschinengewehrfeuer an. Sie ließen insgesamt 76 Bomben fallen. Wir verloren drei Flugzeuge.

Vom U-Bootkrieg.

London, 21. Juni. (W. Z. B.) Lloyd meldet: Der Dampfer „Seach“ (4718 Tonnen) und der französische Dampfer „Olga“ (8129 Tonnen) wurden am 18. Juni, der italienische Dampfer „Sobiga“ (3360 Tonnen) am 17. Juni versenkt.

Kristiansand, 21. Juni. (W. Z. B.) Wie ein Telegramm aus Warschau an die hiesige Rederei Heineke besagt, ist der Dampfer „Aquila“ hundert Meilen vor Norwegen von einem österreichischen Unterseeboot torpediert worden. Die gesamte Mannschaft konnte gerettet werden. Die „Aquila“ war von Cardiff nach Livorno mit Kohlen unterwegs.

„Ems“ durch ein russisches U-Boot torpediert.

Kopenhagen, 20. Juni. (W. Z. B.) Nach einer Stockholmer Blättermeldung ist durch das Seeverhör festgestellt worden, daß die Torpedierung des Hamburger Dampfers „Ems“ bei Hallenberg auf schwedischem Seegebiet durch ein russisches Unterseeboot erfolgte. Mehrere Geschosse, die von dem Unterseeboot gegen den Dampfer abgefeuert wurden, fielen auf dem Lande nieder.

Japan und die Vereinigten Staaten in China.

Die an Naturgaben reichen, aber militärisch schwachen Länder sind die Zielpunkte, nach denen sich die Monopolbestrebungen des modernen Imperialismus der hochkapitali-

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 21. Juni 1916. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

An verschiedenen Stellen der Front zwischen der belgisch-französischen Grenze und der Dife herrschte rege Tätigkeit im Artillerie- und Minenkampf, sowie im Flugdienst.

Bei Patrouillenuntersuchungen in Gegend von Berry-au-Bac und bei Fragelle (östlich von St. Die) wurden französische Gefangene eingebracht.

Ein englisches Flugzeug stürzte bei Patsenz (nordwestlich von Ypern) in unserm Abwehrfeuer ab, einer der Insassen ist tot. Ein französisches Flugzeug wurde bei Remiat (nordöstlich von Pont-a-Mousson) zu Landung gezwungen, die Insassen sind gefangen genommen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg. Vorfälle unserer Truppen nordwestlich und südlich von Dünaburg, in Gegend von Dubatowla (nordöstlich von Smorgon) und beiderseits von Krewo hatten gute Erfolge. In Gegend von Dubatowla wurden mehrere russische Stellungen überrannt. Es sind über 200 Gefangene gemacht, sowie Maschinengewehre und Minenwerfer erbeutet. Die blutigen Verluste des Feindes waren schwer.

Die Bahnhöfe Zalesie und Woloderzow wurden von deutschen Fliegergeschwadern angegriffen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. Die Lage ist unverändert.

Heeresgruppe des Generals von Linington. Bei Gruziatyn (westlich von Kalki) wurden über den Styr vorgegangene russische Kräfte durch Gegenstoß zurückgeworfen. Feindliche Angriffe wurden abgewiesen. Nordwestlich von Luch setzte der Gegner unserm Vordringen starken Widerstand entgegen; die Angriffe blieben in Fluß. Hier und bei Gruziatyn bähften die Russen etwa 1000 Gefangene ein. Auch südlich der Turza geht es vorwärts.

Bei den Truppen des Generals Grafen von Bothmer keine Veränderung.

Valkan-Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabbericht.

Wien, 21. Juni. (W. Z. B.) Amtlich wieberlautbar:

Russischer Kriegsschauplatz.

In der Bulowina, in Ostgalizien und im Raume von Radziwillow keine besonderen Ereignisse.

In Wolhynien haben die unter dem Befehl des Generals v. Linington stehenden deutschen und österreichisch-ungarischen Streitkräfte trotz heftiger feindlicher Gegenwehr abermal Raum gewonnen. Bei Gruziatyn wiesen unsere Truppen in großer Standschastigkeit auch den vierten Massenstoß der Russen völlig ab, wobei 600 Gefangene verschiedener feindlicher Divisionen eingebracht wurden; insgesamt sind gestern in Wolhynien über 1000 Russen gefangen worden.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Im Pizdenabschnitt kam es zu lebhaften Artilleriekämpfen. An der Dolomitenfront wiesen unsere Truppen bei Rifreddo einen Angriff unter schweren Verlusten des Feindes ab.

Zwischen Brenta und Gess fanden keine größeren Kämpfe statt.

Verzinselte Vorfälle der Italiener scheiterten. Zwei feindliche Flieger wurden abgeschossen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

An der unteren Sozsa haben die Italiener, vom Generalfeldmarschall gezwungen, den Brückenkopf von Feras geräumt. Wir zerstörten die italienischen Verteidigungsanlagen und erbeuteten zahlreiche Schanzzeug.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Doerfer, Feldmarschalleutnant.

stischen Länder heute mit Vorliebe richten. Besonders ist es schon lange das chinesische Riesengebiet mit seinem großen Teil noch ungenutzten, ja vielfach noch ganz unbekanntem gewaltigen Bodenschätzen und Wasserkräften, mit seinem fruchtbaren, emsig bebauten Boden und seiner arbeitstüchtigen und bedürfnislosen Bevölkerung, das die gierigen Blicke aller Militärmächte auf sich lenkt, und nur der Umstand, daß diese über die Aufteilung der Beute nicht einig werden konnten, deren vollen Besitz keine der anderen gönnte, hat bisher das älteste Reich der Erde vor dem Schicksal der Zerstückelung, wenn auch nicht vor dem der Schuldnechtschaft, bewahrt. Nun hat aber der große Krieg die Kräfte aller europäischen Mächte in solchem Maße gebunden, daß keine mehr für ferner liegende Interessen große Mittel einlegen kann. Es liegt daher für die beiden im wesentlichen noch außerhalb des militärischen Riesenkampfes stehenden Großmächte, für die Vereinigten Staaten und Japan, die Versuchung nahe, die Gelegenheit wahrzunehmen, um sich die Beute zu sichern, solange es ihnen niemand wehren kann.

Noch auch jetzt noch stehen dem Hindernisse entgegen. Die eigene militärische Widerstandskraft der chinesischen Regierung dürfte allerdings dabei keine besonders große Rolle spielen; trotzdem sind sich alle Teile sicherlich bewußt, daß die Unterjochung eines Volkes von mehr als 300 Millionen Seelen ein ungeheures Unternehmen darstellt, dessen Ausgang nicht abzusehen ist. Aber der Zusammenhalt des Riesengebietes ist vorläufig noch so gering, daß es nicht aussichtslos erscheint, einzelne Teile, wenn auch vielleicht nicht politisch, so doch wirtschaftlich vom großen Körper loszureißen und ihre Ausbeutung für sich zu behalten.

Aber da besteht dann noch immer die Rivalität zwischen den Mächten. Freilich, mit den europäischen Staaten brauchen Japan und die Vereinigten Staaten auch nach dem Kriege nicht stark zu rechnen; denn sie alle werden aus diesem vernichtenden Kriege so geschwächt hervorgehen, daß sie für längere Zeit nicht imstande sein werden, ihrem Willen militärischen Nachdruck zu verleihen. Aber gegenseitig trauen sich die beiden Rivalen nicht über den Weg, und so läßt einer den anderen. Dazu kommt aber noch, daß jedem von ihnen zur Durchführung einer imperialistischen Politik ein wichtiges Element fehlt: Japan das Kapital, den Vereinigten Staaten die Militärmacht.

Deshalb ist ein origineller Vorschlag von Interesse, den der Japaner Adachi Kinnosuke kürzlich in der „American Review of Reviews“ gemacht hat. Er geht davon aus, daß es der japanischen Industrie an Absatz fehle, den China heute nur in sehr geringem Maße bieten könne, da es der chinesischen Bevölkerung an Kaufkraft fehle. Im Jahre 1912 bezog das japanische Volk aus dem Auslande Waren im Werte von 6 Dollar pro Kopf der Bevölkerung, China aber nur für 1 Dollar. (Der Kinnosuke vergißt hier wie die meisten imperialistischen Schriftsteller vollständig den inneren Markt, der in China natürlich eine ganz andere Bedeutung besitzt als in Japan.)

Wie kann nun die Kaufkraft der Chinesen für japanische und amerikanische Waren erhöht werden? Dadurch, daß die Bodenschätze Chinas gehoben und dadurch die chinesische Bevölkerung bereichert wird. China besitzt zum Beispiel ungeheure Kohlenlager. So wird die mögliche, noch profitablere Ausbeute der Gruben von Fushun am Hunflusse in der Mandchurei auf 800 Millionen Tonnen geschätzt, die Mächtigkeit der Kohlenlager von ganz Japan auf 1730 Millionen Tonnen. Dieses eine chinesische Kohlenlager bietet daher allein etwa die Hälfte des Ertrages von ganz Japan. Solange diese Gruben in chinesischen Händen waren, lieferten sie monatlich nur wenige Tausende Tonnen. Im Jahre 1914 ergaben sie im Betriebe der japanischen Süd-Mandchurischen Eisenbahngesellschaft schon 2500 000 Tonnen. 15 000 chinesische Kulis finden dort das ganze Jahr hindurch Arbeit. Der Tagelohn beträgt allerdings nur 15 Cents täglich. Davon gibt der Kuli für Wohnung etwa 1 Cent aus, für Nahrung 4 Cents und für den Barbier, den einzigen Luxus des armen Chinesen, 3 Cents. Er behält also noch 7 Cents, die er erspart, die er zur Befriedigung höherer Lebensbedürfnisse ausgeben könnte.

Ähnlich wie in Fushun gibt es noch eine Menge reicher Kohlenlager in China, und noch größer sind die ungenutzten Schätze an Eisenerzen, aber auch an Kupfer, Gold, Silber, Antimon und anderen Metallen reiche Vorkommen. Dazu kommt, daß die Flüsse Chinas, besonders der Oberlauf des Yangtse mit seinen zahlreichen Wasserfällen und Stromschnellen ganz gewaltige Wasserkräfte zu liefern imstande wären.

China selbst kann diese Schätze nicht heben, diese Kräfte nicht verwerten, weil es ihm an Kapital gebricht. Das gleiche gilt aber auch fast ebenso von Japan, dessen Volkswirtschaft ebenfalls unter Kapitalmangel leidet. Wohl aber wäre in den Vereinigten Staaten reichlich Kapital verfügbar.

Deshalb schlägt Kinnosuke vor, Amerika solle zur Erschließung Chinas das Kapital beisteuern, das reiche Profite erzielen würde, Japan aber die qualifizierten Arbeiter, die Ingenieure und überhaupt das technische und kaufmännische Personal, und außerdem solle Japan die Verpflichung zum militärischen Schutz der amerikanischen Kapitalanlagen übernehmen. Amerika werde für seine Ingenieure und Geschäftsleiter nach dem Kriege in Südamerika das reichste Arbeitsgebiet finden, so daß es China ruhig den geschulten Hilfskräften Japans überlassen könne, und eine stärkere wirtschaftliche Betätigung der Japaner in China würde zugleich den Strom japanischer Auswanderer von den Küsten Kaliforniens ablenken und so Amerika von einer ständigen Verlegenheit befreien.

So praktisch vom imperialistischen Standpunkt dieser Vorschlag des japanischen Dekonomen auf den ersten Blick erscheinen mag, ist es doch mehr als zweifelhaft, daß er viel Aussicht hat, in Wirklichkeit umgesetzt zu werden. Die japanische Industrie hat an den Kriegslieferungen besonders für Rußland sehr große Profite gemacht und dadurch Gelegenheit zu bedeutenden Kapitalanhäufungen gehabt. Allerdings würde das Interesse der japanischen Volkswirtschaft selbst aufs dringende erfordern, daß dieses neue Kapital ihr selbst erhalten bleibe; aber für die Anlage von Kapitalen ist nicht das Interesse der Volkswirtschaft maßgebend, sondern die Höhe des Profits; und wenn in China mehr Profit winkt als in der Heimat, wird eben der japanische Kapitalist sein Kapital dort „arbeiten“ lassen, auch wenn zu Hause die Arbeiter arbeitslos sind, wenn der heimische Absatz an Textilwaren usw. stößt und wenn der „Schutz der berechtigten Interessen“ der Kapitalisten auch zugleich das Land in Kriegsgefahr stürzt und die Rüstungskosten erhöht.

Deshalb wird nach dem Kriege voraussichtlich schon der japanische Kapitalist wenig Neigung haben, dem amerikanischen Konkurrenten das Geld einfach zu überlassen. In der Tat haben ja auch die letzten Ereignisse im fernen Osten, über die wir aus der japanischen und russischen Presse allerdings nur unvollkommen unterrichtet sind, deutlich genug gezeigt, daß die japanische Regierung und die Kapitalisten, die hinter ihr stehen, gewillt sind, das chinesische Geschäft allein und für eigene Rechnung zu machen.

Aber selbst wenn diese Ereignisse nicht eingetreten wären, hätte Kinnosukes schöner Plan in den Augen der Amerikaner voraussichtlich noch weniger Gnade gefunden als in denen seiner Landsleute. Gewiß wäre es für weite Kapitalistenkreise, die an der Rüstungsindustrie nicht unmittelbar interessiert sind, recht verlockend, die hohen Profite einzustechen, ohne selbst die Lasten und Gefahren ihres militärischen Schutzes übernehmen zu müssen. Aber welche Garantie wäre dafür gegeben, daß der treue Wächter nicht eines Tages zum Räuber wird? Die amerikanischen Kapitalisten hätten keine andere Militärmacht annehmend so zu fürchten wie jene, die sie mit ihrem eigenen Gelde großziehen und aushalten würden.

So besteht kaum irgendeine Aussicht, daß die Arbeitsteilung, wonach Amerika der Kapitalist, Japan aber sein Angestellter und Wächter würde, sich verwirklichen. Zu hart stoßen sich im Raum die Sachen als daß sich die leicht beieinander wohnenden Gedanken realisieren ließen. Aber trotzdem bleibt der Vorschlag Kinnosukes von Interesse als Versuch, auf höchster kapitalistischer Stufenleiter das Verhältnis von Unternehmer, Lohnarbeiter und Angestellten auf ganze Völker und Staaten anzuwenden.

Die schwierige Wirtschaftslage in der Schweiz.

Bern, 21. Juni. (W. Z. B.) Meldung der Schweizer Depeschengagentur. Bei Besprechung der wirtschaftlichen Maßnahmen, die der Bundesrat auf Grund seiner allgemeinen Vollmachten getroffen hat, kam Bundesrat Schulthess, der Chef des volkswirtschaftlichen Departements, auf die schwierige wirtschaftliche Lage der Schweiz inmitten der Kriegsführenden zu sprechen. Er erklärte, daß die Einfuhr in die Schweiz aus dem Gebiet der Mittelmächte täglich 15 300 Tonnen, diejenige aus den Ländern der Verbändmächte und durch die Verbändmächte 4000 Tonnen betrage. Von den Mittelmächten bezöge die Schweiz Kohle, Eisen und andere Rohstoffe, die die Verbändmächte nicht liefern könnten. Dafür lieferten die Verbändmächte Lebensmittel, die die Mittelmächte nicht geben könnten. Die Schweiz sei also von beiden Gruppen abhängig. Von beiden Seiten komme man mit Wünschen an die Schweiz heran, deren Erfüllung entweder ganz unmöglich oder doch sehr schwierig sei. Die Mittelmächte verlangten neuerdings für die Lieferung ihrer Rohstoffe Kompensationen und daß die von deutscher Seite gelieferten, in der Schweiz liegenden Vorräte zur Ausfuhr nach Deutschland freigegeben würden. Der Bundesrat sei in dieser Sache mit den Verbändmächten in Verhandlungen begriffen. Angesichts der freundschaftlichen Beziehungen zu beiden Mächtegruppen hoffe der Bundesrat, von beiden Seiten die zur Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Lebens in der Schweiz notwendigen Waren zu erhalten. Die Lage der Schweiz sei sehr ernst, aber der Bundesrat sei überzeugt, daß eine befriedigende Lösung gefunden werden könne.

Bern, 21. Juni. (W. Z. B.) Wie der „Dund“ authentisch erzählt, handelt es sich bei der deutschen Note über den Kompensationsbereich zunächst darum, daß für vorausgelieferte Waren im Betrage von 17 Millionen Mark eine Gegenleistung erfolgt. Diese wurde bisher verhindert, weil die Entente die Ausfuhr von vorliegenden Kompensationswaren in ihren Bedingungen für den schweizerischen Import aus ihrem Gebiet nicht gestattete. Ferner dreht es sich um die Freigabe des sogenannten deutschen Bestandes. Der „Dund“ sieht in der Erklärung des Bundesrats Schulthess in der gestrigen Bundesversammlung eine wirtschaftliche und politische Kundgebung. Das Wesentliche sei für die Schweiz, daß Hoffnung auf eine befriedigende Lösung der Streitfragen nicht ausgeschlossen sei. Diese Erwartung bezöge sich auf die Entente wie auf Deutschland.

Die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz.

Paris, 20. Juni. (W. Z. B.) Eine amtliche Note gibt die Beschlüsse bekannt, die die vom 14. bis 17. Juni in Paris tagende Wirtschafts-Konferenz den alliierten Regierungen zu unterbreiten beschloffen hat, um, wie die Note sagt, für sie und die Gesamtheit der neutralen Länder völlige ökonomische Unabhängigkeit und die Beachtung guter Handelsmethoden zu sichern und zugleich den Alliierten die Aufstellung dauernder Normen für ihr Wirtschaftsbandnis zu erleichtern. Die Beschlüsse sind in drei Abteilungen zusammengefaßt: 1. Maßregeln für die Zeit des Krieges, 2. Ubergangsmaßregeln für den Zeitabschnitt des Sommerzuges, industriellen, landwirtschaftlichen und maritimen Wiederaufbaus der alliierten Länder, 3. dauernde Maßregeln für die Zusammenarbeit und den gegenseitigen Verkehr zwischen den Alliierten. Die Beschlüsse endigen mit folgender Erklärung:

Indem die Vertreter der alliierten Regierungen feststellen, daß die alliierten Mächte zu ihrer gemeinsamen Verteidigung gegen den Feind darin einig sind, in den Fragen, die durch die von ihnen angenommenen Beschlüsse näher umschrieben werden, dieselbe Wirtschaftspolitik einzufolgen zu wollen, und indem sie anerkennen, daß die Wirksamkeit dieser Politik vollständig davon abhängt, daß diese Beschlüsse sofort in Kraft gesetzt werden, verpflichten sie sich, ihren Regierungen anzupfehlen, unverzüglich alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um dieser Politik so gleich ihre volle und ganze Wirkung zu verleihen und sich untereinander die zur Erreichung dieses Zweckes beschlossenen Entscheidungen mitzuteilen.

Die Maßregeln für die Zeit des Krieges bestimmen, daß die Alliierten ihren Staatsangehörigen und allen in ihrem Staatsgebiet befindlichen Personen den Handel verbieten mit 1. den Einwohnern der feindlichen Länder, gleichgültig, welcher Staatsangehörigkeit sie sind, 2. mit den feindlichen Staatsangehörigen, gleichgültig, wo sie ihren Wohnsitz haben, 3. mit Einzelpersonen, Gesellschaften, Handelsfirmen, die dem Einfluß des Feindes unterworfen sind. Die Alliierten werden außerdem den Eintritt aller aus den Ländern des Feindes stammenden Waren in ihr Gebiet untersagen und werden endlich die bereits gegen die Lebensmittelversorgung des Feindes getroffenen Maßregeln durch Vereinheitlichung der Warenverzeichnisse und entsprechende Anordnungen verabschieden.

Die Ubergangsmaßregeln und Maßregeln für den Wiederaufbau bestimmen, daß die Alliierten, da der Krieg alle Handelsverträge zwischen den Alliierten und den feindlichen Mächten null und nichtig gemacht hat, nunmehr übereinkommen, dem Feinde die Zuzahlung einer Vergünstigungsklausel für eine Zahl von Jahren zu verweigern, die im Wege eines allgemeinen Abkommens bestimmt werden wird. Zugleich kommen die Alliierten überein, sich gegenseitig während dieser Reihe von Jahren in jedem möglichen Maße Ausgleichsmärkte zu sichern. Sie kommen weiter überein, sich gegenseitig während desselben Zeitraums den Nutzen ihrer natürlichen Hilfsquellen vorzubehalten, und beschließen endlich, einen Zeitraum festzusetzen, während dessen der Handel mit den feindlichen Mächten einer besonderen Aufstellung von Spezialnormen unterworfen werden soll, und schließlich, daß die Ausübung gewisser Industrien, welche die Handelsbetriebe interessieren, den feindlichen Untertanen auf dem Gebiet der Alliierten untersagt sein soll.

Dauernde Maßregeln für die Zusammenarbeit und den gegenseitigen Verkehr der Alliierten. Die Alliierten werden unterzüglich die nötigen Maßnahmen treffen, um sich von jeder Abhängigkeit von den feindlichen Ländern freizumachen bezüglich der für die normale Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit wesentlichen Rohstoffe und Fabrikate. Sie werden sich bemühen, die Produktion in allen ihren Ländern zu steigern und alle Maßnahmen treffen, die dazu bestimmt sind, den Austausch ihrer Produkte zu erleichtern, und alle Zoll- und ähnliche Maßregeln anzuwenden, um ein Einbringen des Feindes abzuwenden. Sie werden schließlich ein gemeinsames System und eine Vereinheitlichung der Gesetzgebung vorbereiten in Bezug auf Patente, Fabrikmarken, Schutz des literarischen und künstlerischen Eigentums usw.

Die Geheimhaltungen der französischen Kammer.

Bern, 21. Juni. (W. Z. B.) Noch immer liegt keine Meldung vor, daß die Geheimhaltung der französischen Kammer geschlossen worden sei. Seit gestern hat schon die fünfte Zusammenkunft stattgefunden. Die Blätter bringen nur diese kurze Mitteilung; wo sie den Versuch machen, mehr zu sagen, streicht die Zensur alles, so im „Tempo“, der allerdings der Erwartung Ausdruck geben darf, daß selbstverständlich die Abstimmung über die Tagesordnung, die zu den eingebrachten Interpellationen Stellung nehme, öffentlich sein müsse.

Tagung der Sozialisten von Haute-Vienne.

Am 11. Juni hat die sozialistische Föderation von Haute-Vienne in Limoges ihren Kongreß abgehalten, auf dem sie sich natürlich ausgiebig mit den aktuellen Parteiangelegenheiten beschäftigte hat. Wie üblich wurden die benachbarten Föderationen eingeladen. Die Föderationen von Tordonne, Creuse und Corrèze waren durch Delegierte vertreten. Charante war durch die Teilnahme der Kommissionsmitglieder an einem anderen Kongreß verhindert.

Vertreten waren 19 Gruppen, entschuldigt 5. Nach der Verlesung und Besprechung des Geschäfts- und Kassendberichts gibt Vallière ein Epiloge der Debatten des nationalen Kongresses von Weihnachten 1915 und des Nationalrats vom 8. April und bespricht zugleich den Besuch der Mitglieder der russischen Duma in Frankreich. Auf eine Anfrage von Praissetz gibt Pressemane Erklärungen über die Teilnahme der Genossen Guesde, Sembat und Thomas am Ministerium. Nach dem Bericht des „Populaire du Centre“ sagt er, und Vallière ist mit seinen Ausführungen einverstanden, daß, wenn jetzt die Frage der sozialistischen Parlamentsgruppe von neuem gestellt würde, diese vielleicht nicht die Mitarbeit seiner Mitglieder an der Regierung gutheißen würde. Der Kongreß entscheidet, den Deputierten der Föderation in dieser Frage, wie in der der provisorischen Budgetkommission volle Freiheit zu lassen, aber sie sollen sich bei ihrem Handeln stets des Geistes der Föderationskongresse bewußt bleiben.

Genosse Verland spricht über das neue Steuerprojekt und schlägt folgende Tagesordnung vor, die einstimmig angenommen wird:

„In Anbetracht, daß das durch den Finanzminister eingebrachte Steuerprojekt eine gewisse Anzahl unentbehrlicher Lebensmittel zu belasten sucht, erklärt der Kongreß, daß die Arbeiterklasse keinem Projekt zustimmen könne, das den erworbenen Reichtum nur zu einem minimalen Teil treffe, und das, wenn es angenommen würde, geeignet wäre, die Krise der Lebensmittelversorgung zu verschärfen, indem es den arbeitenden Massen neue Lasten auferlegt.“

Der Kongreß beauftragt deshalb seine Vertreter in der gesetzgebenden Körperschaft, energisch jede neue Steuer zu bekämpfen, die auf zur Existenz notwendige Lebensmittel vorgeschlagen wird, besonders die auf Zucker, Wein, Bier und Eider, Gegenstände, die im Steuerprojekt des Herrn Ribot vorgesehen sind.

Der Kongreß erachtet es für angebracht, daß die Partei sich diese Gelegenheit zunutze macht, um die Anwendung der allgemeinen progressiven Einkommensteuer vorzuschlagen, die Besteuerung der Kriegsgewinne und einen besonderen Kriegsbeitrag vom Vermögen, sowie das Alkoholmonopol zu fordern, das bereits von der Kommission der staatlichen Gesetzgebung angenommen ist.

Er verlangt, daß alsbald den Parteiversammlungen ein Projekt über die Monopolisierung des Zuckers, des Transports, der Bergwerke, der Versicherungen, der weichen Kohle usw. zum Studium unterbreitet werde, das dazu dienen soll, dem Staat die notwendigen Quellen für die finanzielle Situation nach dem Kriege zu sichern.“

Auf Vorschlag der Gruppe von Saint-Léonard wird mit einem Amendement Verlangt folgende Tagesordnung zum Bericht über den Weihnachtkongreß und Nationalrat einstimmig angenommen:

„Der Kongreß erklärt, daß seine Reber sehr getreu seine Meinung über die Fragen zur Tagesordnung wiedergegeben haben, die folgende waren: geeignete Maßnahmen zur Verstärkung der nationalen Verteidigung und zur Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen, um die Stunde des Friedens zu beschleunigen.“

Er versichert noch einmal seine Anhängerschaft an den sogenannten Minoritätsstandpunkt, dessen Fortschritt durch die Abstimmung auf dem letzten Nationalrat gekennzeichnet werden (960 Stimmen für den Antrag Pressemane, 1987 für den Antrag Renaudel).

Er lobt seine Erwählten für ihre Tätigkeit in der Kammer und in der parlamentarischen Gruppe, eine Tätigkeit, die stets den legitimen Forderungen der Arbeiterklasse gerecht wird und zugleich von dem genauen Verständnis der Ereignisse und dem reinsten sozialistischen Geist getragen ist.

Er begrüßtdürft mit seinen Erwählten die Redakteure des „Populaire du Centre“ und des „Petit Vimeuxin“ und die Gründer des neuen Propagandaorgans, der „Populaire-Revue“, alles Arbeiter an demselben Werk sozialistischer Aufklärung und der Zuzuführung zu den Prinzipien der Arbeiterinternationale.

Er dankt den Genossen Brizon, Blanc, Raffin-Dugens, die augenblicklich das Objekt von Anklagen und schlimmer Injurien von seiten der reaktionären und bürgerlichen Presse wegen ihrer Teilnahme an der Konferenz zu Bienthal sind, seine Sympathie aus, indem er gleichzeitig zu den auf dieser Konferenz angenommenen Resolutionen die ausdrücklichen Vorbehalte macht.“

Milliardengewinne und Hungerlöhne in Frankreich.

Der zur Parteioption gehörende französische Genosse Mistral ist dieser Tage in der Kammer mit Enthüllungen über die Milliardengewinne der Unternehmer aufgetreten, die bei den bürgerlichen Parteien eifriges Schweigen, bei der Linken jedoch großen Beifall auslösten. Auf dem Hintergrunde der elenden Lage der Arbeiterschaft, die Genosse Mistral an der Hand verschiedener Daten kennzeichnete, ergingen seine Enthüllungen über den Tanz der Millarden in den Unternehmertreibern für Frankreich das Bild, das bereits internationale Geltung im Kriege erlangt hat: Anhäufung ungeheurer Kapitalien und Kriegsgewinne in den Händen der Industriegesellschaften, Lieferanten und Banken bei Herabdrückung des Lebensniveaus der arbeitenden Massen, deren teilweise Lohnhöhungen die weit höheren Kosten der Lebenshaltung bei weitem nicht zu decken vermögen. Doch lassen wir die Beispiele selber sprechen:

Unternehmungen der Metallindustrie, die früher einen Geschäftsumsatz von 5 Millionen erreichten, brachten diesen im Jahre 1915 auf 14½ Millionen Franken. Eine Firma, die Granaten herstellt, hat bei einem Umsatz von 11 Millionen in acht Monaten 4 Millionen Franken Reingewinn erzielt. Die gesamte Messingindustrie Frankreichs hat seit Kriegsbeginn rund hundert Millionen Franken Reingewinn gemacht. Einzig am Aufschlag der Rohstoffe haben französische Kriegslieferanten nach den Berechnungen des Abgeordneten Couesnon während eines Jahres 200 Millionen Franken verdient. Die Zeitung „Liberté“ meldete, daß eine Firma mit einem Aktienkapital von 8 Millionen für 88 Millionen Franken Geschosse fabrizierte und dabei 18 Millionen Franken verdiente! Das entspräche einem Gewinn von 225 Proz. des Aktienkapitals! Es brauche deshalb nicht zu verwundern, wenn gewisse Banken ihrer Kundenschaft die Beilegung an gewissen Fonds empfehlen mit der Begründung, daß die Gewinne die Rückzahlung des Kapitals in einem halben Jahr ermöglichen würden. In welcher ungeheuerlicher Weise Gesellschaften, die für ihre Branche sozusagen ein Monopol besitzen, die Situation ausnützen, geht daraus hervor, daß die einzige französische Gesellschaft, welche Zink produziert, im Juli 1914 100 Kilo Zink für 88 Franken verkaufte, bis zum März 1916 aber den Preis für das gleiche Quantum auf

322 Franken hinaufgetrieben hatte. Wie sehr die Dampfschiffgesellschaften die Gelegenheit ausnützen, geht daraus hervor, daß Reeder 200 Proz. Dividende erreichen. Es gibt Warenmüller, die 300 000 Franken im Monat verdienen. Es gibt Schiffe im Wert von 500 000 Fr., die heute mit jeder Ueberseeexpedition 1 500 000 Fr. verdienen.

Eine Firma der Metallbranche, die während des Krieges die Löhne ihrer Arbeiter um 50 Proz. herabsetzte, zahlt 40 Proz. Dividende, und der Direktor bezieht — wohl der erhöhten Kartstoffpreise wegen — eine Jahresbesoldung von 80 000 Franken.

Diesem Goldregen in den Kapitalistenkreisen stehen bei der Arbeiterschaft, mit Ausschluß einzelner privilegiierter Arbeiterschichten, dieselben elenden Löhne gegenüber, die vor dem Kriege, wo die Lebensmittelpreise weit niedriger waren, gezahlt wurden. So gibt es Frauen, die für Stundenlöhne von 20, 20, ja von 15 Centimes arbeiten. Qualifizierte Arbeiter verdienen 50, Hilfsarbeiter bis zu 35 oder 30 Cent. pro Stunde. Sogar bei Cruzat, dem französischen Krupp, der Hunderte von Millionen während des Krieges verdient hat, werden pro Tag Löhne von 4 Fr. gezahlt! Doch über alle diese Dinge geht die Öffentlichkeit mit eifrigem Schweigen hinweg. Die bürgerliche Welt sieht nur die kleine Schicht der Arbeiter und Angestellten, die im Kriege weit mehr verdienen als in Friedenszeiten, und eine willfährige Presse baut diese Fälle zu allgemein gültigen Erscheinungen auf. Diesen Täuschungsversuchen haben die in den Fesseln der „heiligen Einigkeit“ stehenden Sozialisten und Gewerkschafter bisher nicht die erforderliche Kritik gegenübergestellt, wie sie es überhaupt verabsäumt haben, den Massenforderungen der Arbeiterschaft während der Kriegszeit in erforderlicher Nähe Geltung zu verschaffen. Erst jetzt beginnt sich der Unmut der Massen nach außen hin Bahn zu brechen und die zuerst unschlüssige Parteioption zu entschiedenerem Handeln anzutreiben. In dieser Beziehung gewinnt das Auftreten des Genossen Mistral in der Kammer einen hochbedeutungsvollen Charakter. (z)

Lloyd George Nachfolger Kitcheners?

London, 20. Juni. (W. Z. B.) „Morning Post“ meldet, daß Lloyd George nicht die Zustimmung des Kabinetts dafür gefunden hat, daß im Falle seiner Ernennung zum Kriegssekretär das Munitionsdirektorat ihm unterstellt würde, wobei der neue Munitionsdirektor keinen Sitz im Kabinet gehabt hätte.

Die irische Frage.

London, 20. Juni. (W. Z. B.) Die unabhängige nationalistische Partei wird sich am Freitag in Cork versammeln, um gegen den Ausschluß der sechs protestantischen Grafschaften von Ulster zu protestieren.

Die italienischen Unterstaatssekretäre.

Rom, 21. Juni. (W. Z. B.) Nach „Giornale d'Italia“ werde die endgültige Liste der Unterstaatssekretäre folgende sein: Foscari Kolonien, Bonicelli Inneres, Danielli Finanzen, Ancona Transporte, Vassallo Justiz, Debilo Arbeiten, Roth Unterrichts, Morpurgo Industrie, Canepa Ackerbau, Rossi Cesare Post, Corsarelli Auswärtiges, Dallolio Munition, Giacomo Schach, Allici Krieg, Battaglieri Marine.

Die Wiedereröffnung der italienischen Kammer wurde auf den 27. Juni angelegt.

Demission des griechischen Kabinetts?

London, 21. Juni. (W. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureau. „Daily News“ berichtet aus Athen, daß Skuludis und sein Kabinet demissioniert haben. — Nichts des W. Z. B.: An zuständiger Stelle liegt eine Bestätigung der Meldung nicht vor.

Amerikanische Flottenrüstungen.

Washington, 21. Juni. (W. Z. B.) Neumeldung. Dem Marinekaplan, der den Bau von sechs Großdampfschiffen einschließlich zweier Treadbergs vorzieht, wurde in einer Konferenz Wilsons mit Daniels und Delegierten des Marineauschusses des Senats zugestimmt. Desgleichen wurden Schritte beprochen, die getan werden müssen, um angesichts der Lage in Mexiko die verfügbaren Flottenkräfte zu verstärken.

Die Wirren in Mexiko.

Washington, 21. Juni. (W. Z. B.) Neumeldung. Der amerikanische Spezialagent Rogers in Mexiko-City teilte dem Staatsdepartement mit, daß er für einen Sonderzug Sorge trage, um die Ausländer nach Veracruz zu bringen. In der Hauptstadt fanden zahlreiche Kundgebungen gegen die Fremden statt, jedoch ohne Gewalttätigkeit.

London, 21. Juni. (W. Z. B.) Die „Times“ erfährt aus Washington: Der Kongreß wird heute den Präsidenten ermächtigen, die Militärtruppen der einzelnen Staaten für den Dienst in Mexiko zu verwenden. Zu gleicher Zeit wurde aber den Militärtruppen befohlen, vorläufig in ihren Staaten zu bleiben und dort auf den Befehl zum Abmarsch nach Süden zu warten. Der Vertreter der „Times“ nennt die Lage gefährlich, aber nicht hoffnungslos.

Köln, 21. Juni. (W. Z. B.) Einem Funkpruch der „Kölnischen Zeitung“ von ihrem Washingtoner Vertreter wird zu dem Aufgebot der Staatsmilizen in hohen amtlichen Kreisen erklärt: Es bedeute, daß Carranzas Ultimatum, die amerikanische Strafexpedition dürfe nicht weiter nach Westen, Osten oder Süden vorrücken, den Streit zur Krise gebracht habe. Die Kriegserklärung werde für die nächsten Tage erwartet. In Veracruz werde der Laftache große Bedeutung beigelegt, daß das Kriegsamt dringliche Befehle gab, Straßenbaummaschinen für die sofortige Verschiffung nach Mexiko bereit zu halten.

Letzte Nachrichten.

Bern, 21. Juni. (W. Z. B.) Wie „Tempo“ meldet, ist der Dampfer „Seacomet“ aus Philadelphia auf der Fahrt von New York nach London auf eine Mine gelaufen und gesunken. London, 21. Juni. (W. Z. B.) Meldung des Reuterschen Bureau. Der holländische Dampfer „Ois Larba“ ist gesunken.

Gewerkschaftliches.

Der Verbandstag der Schuhmacher und der Parteistreit.

Am zweiten Verhandlungstag des Verbandstages der Schuhmacher sprach zunächst Reichstagsabgeordneter Simon über den Ledermangel in der Schuhindustrie.

In seinen Ausführungen zeigte der Referent an Hand eines reichen Materials, welche enormen Gewinne die Unternehmer in der Lederbranche während des Krieges erzielt haben. Er legte eine Resolution vor, nach der es der Verbandstag als Pflicht des Reiches, der Bundesstaaten und der Fabrikanten erachtet, die in ihrem Verdienst stark geschädigten Arbeiter und Arbeiterinnen der Schuhindustrie und des Schuhmachergewerbes ausreichend zu unterstützen. Von den Regierungen wird ferner erwartet, daß sie alles tun werden, um die Gemeinden zu veranlassen, die Unterstützungseinrichtungen sofort vorzunehmen und eine ausreichende, den gesteigerten Lebensbedürfnissen entsprechende Unterstützung zu gewähren.

Nach einer kurzen Aussprache fand die Entschließung einstimmige Annahme.

Das Thema:

„Der Krieg und die Gewerkschaften“

Behandelte hierauf ebenfalls Simon.

Als der Krieg hereinbrach, sei die Arbeiterschaft von einer schweren Erschütterung betroffen worden. Redner will die Ursachen des Krieges und ob er nicht hätte verhindert werden können, nicht untersuchen, sondern sich nur mit der Frage beschäftigen, welche Einwirkung der Krieg auf die Gewerkschaften ausübt, und ob die Hoffnungen, die von einem Teil der Gewerkschaftler gehegt werden, sich erfüllen und überhaupt erfüllen können. Das stellt der Redner in ausführlich begründeten Darlegungen in Abrede und fährt dann fort: Ich bedauere darum den Streit in der Partei. Ich will nicht untersuchen, wer in der Partei recht oder unrecht hat oder die Schuld trägt. — Der Streit ist in der Partei auszufechten und zu klären und das Urteil auf dem Parteitag zu fällen. Die Gewerkschaften dürfen sich nicht in den Streit hineinmischen, wenn nicht auch eine Zerreißung der Gewerkschaften eintreten soll. Es ist bedauerlich, daß dieser Standpunkt der Neutralität nicht auch von der Generalkommission und dem „Correspondenzblatt“ eingenommen wird. In Vorstandskonferenzen hat man sich für die Freiheit der Reichstagsfraktion erklärt und deren Politik als im Interesse der Gewerkschaften liegend bezeichnet. Es wird sogar gedroht, die Partei zu zerreißen, wenn es nicht so geht, wie man es selbst will. Man stellt also etwas in Aussicht, was der anderen Seite vorgeworfen wird. Die Folge ist, daß viele Mitgliederversammlungen der Gewerkschaften sich mit dem Streit in der Partei befassen und die eigentliche Arbeit dadurch vernachlässigen. Ich stehe auf dem Standpunkt, die Partei hat ihre Arbeit selbst zu erledigen, wie wir uns von der Partei in unsere Angelegenheiten auch nichts hineinreden lassen können. Sie können wir, wo doch viele unserer Mitglieder keine Sozialdemokraten sind, der Partei Richtlinien vorschreiben? Wer nicht mit aller Kraft dagegen arbeitet, daß die Zerrißtheit von den Gewerkschaften ferngehalten wird, der begeht ein Verbrechen an der Arbeiterschaft. (Sehr richtig!) Aufgabe der Gewerkschaften ist, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen; da können alle mitarbeiten, ganz gleich, ob sie rechts oder links stehen.

Der Redner gibt dann noch einen Ausblick, wie die wirtschaftlichen Verhältnisse sich nach dem Kriege gestalten dürften, die besonders die Einigung der Arbeiterschaft notwendig machen. Er legte eine Resolution vor, die im Sinne seiner Ausführungen gehalten ist und besagt:

Der Verbandstag des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands steht in der Stärke und Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung nicht bloß des eigenen Berufs, sondern auch der aller Klassenbewußten Arbeiter Deutschlands eine wichtige Voraussetzung für die Überwindung der nach dem Kriege die Arbeiterbewegung bedrohenden wirtschaftlichen und machtpolitischen Gefahren. Der Verbandstag betont deshalb, daß niemals mehr als jetzt die Einheit der Gewerkschaftsbewegung ein hohes Gut sei, das zu gefährden oder in Frage zu stellen mit aller Macht und Vorzicht vermieden werden soll.

Der Verbandstag verheißt sich nicht, daß die tiefen Meinungsverschiedenheiten in der politischen Arbeiterbewegung auch auf die Mitglieder unserer und der anderen Gewerkschaftsorganisationen, und auch auf ihre leitenden Männer einwirken müßten. Aber diese Kämpfe sollen auf dem Boden der politischen Organisation ausgefochten werden.

Niemals mehr als jetzt ergab sich die Arbeitsteilung der Arbeiterbewegung und die Einhaltung der Grenzlinien der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung als eine Notwendigkeit. Die vor dem Kriege stets betonte Neutralität der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in politischer Beziehung darf heute nicht gering gewertet oder gar bei Seite geschoben werden, wo der Streit in der politischen Arbeiterbewegung zerstörend hinüberzugreifen droht auf die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen.

Im Sinne der von den Führern der Gewerkschaftsbewegung früher mit aller Entschiedenheit betonten Neutralität bedauert der Verbandstag die politische Stellungnahme der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und ihres Korrespondenzblattes, die auch in Widerspruch stehen mit der von Genossen Regien erst anlässlich der Verhandlungen über das Vereinsgesetz als notwendig und für die Gewerkschaften förderlich betonten Arbeitsteilung zwischen Partei und Gewerkschaften.

In diesem Sinne fordert der Verbandstag des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands alle Organe der Gewerkschaften auf, im Rahmen der Gewerkschaftsbewegung unbedingte Neutralität zu halten in dem politischen Streit, der die Arbeiterbewegung zerklüftet.

Der Verbandstag verlangt von dem Vorstand die Fortsetzung seiner bisherigen neutralen Haltung in allen Streitigkeiten der sozialdemokratischen Partei, um so diesen Streit von unserer Organisation fernzuhalten, um unsere Agitation für die Gewinnung neuer Mitglieder nicht zu erschweren und um zu verhindern, daß Mitglieder unter Verletzung auf die Differenzen in der Arbeiterbewegung ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

In der Diskussion bezeichnet zunächst Reichstagsabgeordneter Vock-Gotha die am ersten Verhandlungstage gegen die Redaktion gemachten Vorwürfe als unberechtigt. Aus den Kollegenkreisen seien ihm viele Zustimmungserklärungen zugegangen. Die Frankfurter Resolution sei von der Redaktion strikte eingehalten worden. (Widerspruch.) Im übrigen erklärt sich Redner mit dem größten Teil der Ausführungen Simons einverstanden. Die Generalkommission trage einen großen Teil der Schuld, wenn ein Zwiespalt in die Gewerkschaft getragen würde. Sie glaube, daß durch ihre Politik die Regierung den Gewerkschaften mehr Entgegenkommen zeige. Dafür sei aber nicht das geringste Anzeichen vorhanden. Vor verwahrt sich mit Entschiedenheit dagegen, daß man die Minderheit als Parteigerührer bezeichne. Wenn er sich von der Mehrheit abgewandt habe, dann aus innerer Ueberzeugung. Ihm sei nichts heiliger als die Einheit der Partei, noch heiliger sei ihm aber die Erhabenheit der Grundzüge der Partei, die er hochgehalten wissen wolle.

Der Vertreter der Generalkommission, Silberschmidt-Berlin, untersucht, ob die Generalkommission berechtigterweise beschuldigt werden könne, in Parteiangelegenheiten sich eingemischt und dadurch den Streit in die Gewerkschaften getragen zu haben. Wenn von Neutralität der Gewerkschaften gesprochen wird, muß man wissen, daß diese war, daß die Gewerkschaften in ein Gegenseitigkeitsverhältnis mit der Partei getreten sind. Damals haben manche Genossen dagegen Bedenken erhoben. Seit dem Mannheimer Parteitage ist aber die Neutralität der Gewerkschaften durchbrochen. Um die Einigkeit und Geschlossenheit, die Macht der Arbeiterschaft zu stärken, kam man zu dieser Vereinbarung. Seit dieser Zeit haben Generalkommission und Parteivorstand alle wichtigen Fragen gemeinsam beraten, und seit dieser Zeit ist eine größere Stabilität der Gewerkschafts- und Parteiorganisationen zu verzeichnen. Für die Gewerkschaften ist es nun wichtig, daß die Partei, mit der sie dieses Verhältnis eingegangen ist, ihre Einheit behält; sie hat Interesse daran, von diesem Körper alles fernzuhalten, was eine Störung und Schwächung seiner Kraft, seines Einflusses sein könnte. Von diesem Standpunkt aus hat die Generalkommission die Pflicht, ein wachsames Auge darauf zu haben, daß die Gefahr, die der Partei droht, abgewendet werde. Die Generalkommission empfiehlt daher den Gewerkschaften, alles zu tun, um eine Zerplitterung der Partei zu verhindern, da diese auch eine Schwächung der Gewerkschaften sein würde. In diesem Sinne — und nur in diesem — hat auch das „Korrespondenzblatt“ gewirkt. Der Redner bespricht dann die von der Vorstandskonferenz gegen die Sonderbündel gefasste Entschließung. Simon lege diese falsch aus. Für die Gewerkschaften handle es sich darum, ob die Spaltung der Fraktion, die Zerreißung der Partei im Interesse der Gewerkschaften liege. Sie müßte warnen und Protest einlegen, wenn die Voraussetzungen bei dem Abschluß der gegenseitigen Vereinbarungen verschoben werden sollten zum Schaden der Arbeiterorganisation. Die Vorstandskonferenz hat die Entschließung einstimmig gefaßt. Die Ursache, daß ein Parteistreit besteht, liege nicht bei der Generalkommission, sondern bei denen, die die Uneinigkeit der Fraktion nach außen bringen ließen, die das demokratische Prinzip verletzten. Die Generalkommission hat ihre Stellung nicht eingenommen, um von der Regierung Anerkennung und Verdienst zu erhalten, sondern weil sie sich verpflichtet fühlt, für das Land, wenn es in Gefahr ist, einzustehen und die Gefahr von ihm abzuwenden. Man sollte darum der Generalkommission keine falschen Motive unterstellen. Silberschmidt wandte sich dann gegen die vorgelegte Resolution, die von falschen Voraussetzungen ausgehe.

Simon erwiderte sofort auf die Ausführungen Silberschmidts, die um den Kern der Sache herumgegangen seien. Bei den in Mannheim vereinbarten Bedingungen könne es sich doch nur um eine vorherige Verständigung handeln in Fragen, die Gewerkschaften und Partei gemeinsam berühren, bei sozialpolitischen Fragen usw. Einzelne Gewerkschaften wollten die Partei nach einer gewissen Seite drängen, darin müßte eine unzulässige Verunstaltung der Partei betrachtet werden. Die jetzige Stellungnahme der Gewerkschaften würde sich später einmal bitter rächen. Simon widerspricht dann der Ansicht Silberschmidts, daß die Änderung des Reichsvereinsgesetzes einen Fortschritt bedeute.

Vock-Gotha polemisiert dann ebenfalls gegen Silberschmidt. Er betonte, die Spaltung in der Fraktion sei gekommen, weil die Grundzüge der Partitität in der Fraktion nicht gewahrt worden seien. Die Debatte wird noch fortgesetzt.

Berlin und Umgegend.

Die Lage der A. G. W.-Hilfsarbeiter.

Trotz der riesigen Ueberschüsse der A.G.W. entsprechen die besonders den Hilfsarbeitern gezahlten Löhne den heutigen Verhältnissen in keiner Weise. Eigentümlich ist aber, daß die Löhne für Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen in den einzelnen Werken verschieden sind. Während in den meisten Werken der Anfangslohn für männliche 52 Pf. beträgt, ist derselbe hier in der Apparatefabrik sage und schreibe 45 Pf. pro Stunde oder pro Woche bei circa 59 stündiger Arbeitszeit 26,55 M. Das bei einem derart niedrigen Lohn die Arbeiterschaft unzufrieden ist, ist zu begreifen. Auch bei den bereits länger im Betrieb Beschäftigten sind die gezahlten Löhne den Verhältnissen nicht entsprechend.

Der Arbeiterschuß wurde deshalb von den Beteiligten beauftragt, wegen einer Lohnzulage von nur 5 Pf. pro Stunde vorstellig zu werden. Bei den vor einigen Tagen stattgehabten Verhandlungen mit der Direktion erklärte der Direktor Zwarg, daß zurzeit irgendwelche Zugeständnisse nicht gemacht würden. Nach längeren Auseinandersetzungen war er jedoch bereit, nach vierwöchiger Tätigkeit den Lohn von 50 Pf. pro Stunde zu zahlen, während die älteren Arbeiter, die zum Teil seit vielen Jahren tätig sind, vollständig leer ausgehen.

In einer besonders stark besuchten Versammlung, die gestern tagte, waren die Beteiligten aus der Apparatefabrik über den Bericht des Arbeiterschußes nicht bloß sehr enttäuscht, sondern sprachen in der Diskussion unerbittlich ihren Mißmut über die Antwort des Direktors Zwarg aus. In einer Entschließung, die einstimmig zur Annahme gelangte, wurde die Erwartung ausgesprochen, daß der Direktor Zwarg seinen Standpunkt ändert und mit dem Arbeiterschuß nochmals in Verhandlungen tritt, um den Beteiligten trotzdem ein Entgegenkommen zu zeigen.

Der Berliner Arbeitsmarkt.

Die Zahl der bei 88 Verbänden der freien Gewerkschaften ermittelten Arbeitslosen ist in der Woche vom 6. bis zum 12. Juni von 2133 auf 2197 d. i. um 64 oder 3 Proz. gestiegen. Die Zunahme ist lediglich durch die Holzarbeiter bedingt, während bei den übrigen 87 Fachverbänden nur geringfügige, in ihrer Gesamtheit fast völlig sich aufhebende Veränderungen nach oben oder nach unten auftraten.

In einer gewissen Gegenläufigkeit zu den Angaben der freien Gewerkschaften steht der Bericht des Verbandes Märktischer Arbeitsnachweise. In diesem heißt es:

In der Metallindustrie hat der Arbeitsmarkt für männliche Arbeiter nach den Berichten des Arbeitsnachweises des Verbandes der Berliner Metallindustriellen eine bemerkenswerte Verringerung erfahren. Die Zahl der offenen Stellen, die in der Vorwoche 726 betrug, erhöhte sich in der Berichtswache auf 829. Die Vermittlungen stiegen von 581 in der Vorwoche auf 717 in der Berichtswache. Besonders beachtenswert erscheint die geringe Zahl der Stellensuchenden. Es werden für die Berichtswache 145 gegen 402 in der Vorwoche angegeben. In der Textilindustrie sind männliche Arbeitskräfte immer noch gesucht. Ebenso werden eingearbeitete weibliche Arbeiter in der chemischen Industrie verlangt. Auch in der Holzindustrie werden Tischler für bessere Möbel immer nachgefragt. Dauernd groß ist der Bedarf an Maschinisten und Heizern.

Der Arbeitsmarkt für weibliche Arbeitskräfte scheint durch die Pfingstfeiertage für ungelernete Arbeiterinnen aller Art etwas ungünstig beeinflusst worden zu sein. Angelernte Metallarbeiterinnen wurden in der Berichtswache etwas stärker nachgefragt. Außerdem konnten einige Vermittlungen nach auswärts bewerkstelligt werden. Im Buchdruckgewerbe hat sich die Beschäftigungsmöglichkeit etwas gehoben. Dauernd sehr gering ist die Nachfrage nach Arbeiterinnen für Konfektion. Härarbeiten für Heereslieferungen wie Sanitätsmaterial usw. konnten hier nur teilweise entsandt werden. Der Bedarf an Hauspersonal ist dauernd beschränkt.

Ausland.

Forderungen der englischen Transportarbeiter.

Gelgentlich der Jahresversammlung des Generalausschusses des Nationalen Transportarbeiterverbandes sagte, laut „Manchester Guardian“ vom 9. Juni, der Vorsitzende Harry Gosling (London) u. a.: Hätten wir von Seiten der Transportarbeiter des Landes und das Monopol unserer Arbeitermacht so zu nütze gemacht, wie die Schiffsreederei aus dem Monopol ihrer Schiffe gezogen haben, so hätten wir den Lohn für unsere Arbeit verdoppelt, verdreifacht, mehr als verzehnfacht können, so wie die Schiffsreederei die Frachtsätze um mehr als das Zwanzigfache vermehrt haben. Jetzt wie bei allen anderen Gelegenheiten haben wir einen weit höheren und weit mehr aufopfernden Patriotismus gezeigt als diejenigen, die von der Arbeit des gemeinen Mannes leben. (Beifall.)

Er tadelt, daß die Arbeitgeber jetzt, wo die mit dem Seehandel verknüpften Gewerbetreibenden 20 000 ihrer Mitglieder in den Dienst des Vaterlandes gestellt hätten, asiatische Arbeiter auf den Schiffen verwandt hätten, und sagte, der vollziehende Ausschuß des Verbandes wäre fest entschlossen, bei der ersten geeigneten Gelegenheit dieser gelben Gefahr, die den westlichen Zivilisationsstand bedroht, endgültig ein Ende zu machen. (Hört, hört!)

Was die wütende Propaganda für den Wiederaufbau von Zolltarifen betreffe, so müßten besonders die Transportarbeiter darauf achten, daß jedweden Wechsel im Zollsystem die Festsetzung eines angemessenen, festbestimmten Mindestlohnes, eine Beschränkung der Arbeitsstunden, staatliche Arbeitsversorgung für die Arbeitslosen und eine gesicherte Lebenshaltung für alle und jeden vorangehen müßten. Der Ausschuß des Verbandes überwache sorgsam jede Neigung in der Richtung auf industriellen Dienstzwang hin. Während ihre Leute draußen für die Freiheit kämpfen, müßten sie jeder Beschränkung der Freiheit daheim Widerstand entgegensetzen. (Beifall.)

Aus Industrie und Handel.

Ungarische Erdgas-A.G.

In Budapest fand die Gründungsversammlung der zur Ausbeutung der Siebenbürger Erdgasquellen errichteten ungarischen Erdgas-Aktiengesellschaft statt. Von dem 27 Millionen Kronen betragenden Aktienkapital übernimmt die ungarische Regierung vier Millionen, die übrigen 23 Millionen Kronen übernimmt ein Konsortium unter Führung der Deutschen Bank bei einer Einzahlung von 30 Proz. Zu leitenden Direktoren wurden der bisherige Direktor von Orenstein und Koppel, Berlin, Ladislaus Kap und der ehemalige Direktor der Ungarischen Karpaten-Petroleum-Gesellschaft Friedrich Pieler gewählt.

Soziales.

Der Streit um die Kirchensteuer.

Nach Kriegsbeginn war Regierungsrat Sperl aus Posen, der dort zur Ansiedlungskommission gehörte, zum Heere eingezogen worden. Auf seinen Antrag wurde er dann von der Staats-einkommensteuer befreit, soweit sein Militäreinkommen in Betracht kam, das bekanntlich sieben Zehnteln des Zivilgehalts eines zum Heere eingezogenen Beamten entspricht. Diese Befreiung erfolgte gemäß § 5 Ziffer 3 des Staats-einkommensteuergesetzes, wonach von der Besteuerung ausgeschlossen ist das Militäreinkommen aller Angehörigen des aktiven Heeres oder der aktiven Marine während der Zugehörigkeit zu einem in der Kriegsförmation befindlichen Teile des Heeres oder der Marine.

Demnach beantragte dann Herr Sperl auch eine entsprechende Kürzung seiner Kirchensteuer.

Der Gemeindefiskusrat der evangelischen Christengemeinde in Posen lehnte den Antrag ab und der Regierungspräsident verwarf die Beschwerde Sp.s.

Sp. klagte nun beim Oberverwaltungsgericht, indem er sich auf § 7 Absatz 1 des evangelischen Kirchensteuergesetzes vom 26. Mai 1905 berief. Danach haben die gesetzlichen Befreiungen von der Staatseinkommensteuer die entsprechende Befreiung von der Kirchensteuer zur Folge.

Der Vertreter des Gemeindefiskusrats, ein Professor des Zivilrechts, zog aus der Wahl des Ausdrucks: „von der Besteuerung ausgeschlossen“ im § 5 Ziffer 3 des Staatseinkommensteuergesetzes den Schluß, daß § 7 Absatz 1 des Kirchensteuergesetzes sich auf diese Befreiung nicht beziehe, weil er von den bestehenden Befreiungen spreche. Damit wäre etwas anderes gemeint als der Ausschluß der Besteuerung“ im Sinne des § 5 Ziffer 3 des Staatseinkommensteuergesetzes.

Das Oberverwaltungsgericht gab jedoch der Klage des Regierungsrats Sp.s. Hauptmanns Sperl statt und stellte ihn in der gewünschten Höhe von der Kirchensteuer frei. In der Begründung wurde betont, daß es lediglich ein Spiel mit Worten sei, wenn der Vertreter des Fiskusrats einen Unterschied zwischen „von der Besteuerung ausgeschlossen“ und „Befreiung“ von der Steuer mache. Beide Ausdrücke meinten dasselbe. Demnach müsse im vorliegenden Falle die Befreiung des Militäreinkommens von der Staatseinkommensteuer die entsprechende Befreiung von der Kirchensteuer nach sich ziehen.

Ausweisung auf Grund des Gesetzes vom 31. Dezember 1912.

Nach dem Gesetz von 1912, betreffend die Aufnahme neu anziehender Personen, kann die Landespolizeibehörde einen entlassenen Sträfling von dem Aufenthalt an gewissen Orten, für die er Neuanziehender ist, unter gewissen Voraussetzungen ausschließen. Dies kann jedoch nur bei solchen Sträflingen geschehen, welche zu Zuchthaus oder wegen einer anderen Straftat, wodurch der Täter sich als ein für die öffentliche Sicherheit und Moralität gefährlicher Mensch darstellt, zu irgend einer anderen Strafe verurteilt ist. Auf Grund dieser Bestimmung hatte der Berliner Polizeipräsident am 8. Dezember 1915 die Ausweisung des Kaufmanns E. aus den Landespolizeibezirk Berlin verfügt. Er war im Oktober desselben Jahres in Berlin zugezogen. Er ist in einer ganzen Anzahl von Fällen vorbestraft, mehrere Male mit Zuchthaus, namentlich auch wegen Eigentumsvergehens. Die letzten drei Strafen waren Gefängnisstrafen, nämlich 1906 wegen Münzverbrechens ein Jahr, 1908 wegen Betruges sechs Wochen und 1914 wegen Begünstigung bei schwerem Diebstahl ein Jahr.

Nach vergeblicher Beschwerde beim Oberpräsidenten klagte E. beim Oberverwaltungsgericht auf Aufhebung der Ausweisung.

Das Oberverwaltungsgericht wies die Klage mit folgender Begründung ab: Von der Anmeldung des am 1. Oktober 1915 in Berlin zugezogenen Klägers habe das Meldeamt der Polizei am 18. Oktober Mitteilung gemacht. Am 19. Oktober, also unmittelbar darauf, hätten die polizeilichen Ermittlungen über das Vorleben des Klägers begonnen. Sie seien ununterbrochen fortgesetzt worden und die Ausweisung habe sich dann gleich ange-schlossen. Somit habe E. bei der Ausweisung am 8. Dezember 1915 noch als Neuanziehender gelten müssen. Die Ausweisung sei gerechtfertigt. Einmal rechtfertigte sich nach dem Gesetz die Ausweisung ohne weiteres, wo es sich um Bestrafung mit Zuchthaus handele. Auch brauche die Zuchthausstrafe nicht unmittelbar vorausgegangen sein. Im übrigen aber sei der Senat bei der Nachprüfung der letzten drei, nur Gefängnis betreffenden Strafen (Münzverbrechen, Betrug und Beihilfe bei schwerem Diebstahl) zu der Ueberzeugung gekommen, daß diese drei Strafen auch geeignet seien, die Gemeingefährlichkeit im Sinne des Gesetzes von 1912 zu begründen.

Politische Uebersicht.

Die Kriegsziele des Kanzlers.

Dem „Lokal-Anzeiger“ wird aus Breslau telegraphiert: „In einer hier abgehaltenen großen öffentlichen Versammlung, in der der Abg. Scheidemann über das Thema: „Die deutschen Arbeiter und der Krieg“ sprach, machte Herr Scheidemann folgende Aeußerung in bezug auf eine Erklärung des belgischen Ministers Vanderbelde in der „Humanität“, der sich mit der feinerzeit gehaltenen Friedensrede des deutschen Reichskanzlers befahte und daraus den Schluß zog, daß das Kriegsziel des Reichskanzlers die Eroberung Belgiens und aller besetzten französischen Gebiete sei. Abg. Scheidemann führte aus: „Man tut dem Reichskanzler ein gewaltiges Unrecht, wenn man ihm diese Absichten unterstellt. Ich weiß, daß er nicht an derartige Pläne denkt. Ich hoffe, er wird es mir nicht mißdeuten, wenn ich hier eine Indiskretion begehe. Ich begehre sie aber in der Absicht, unserem Lande einen Dienst zu erweisen. Als vor einem Jahre die sechs Wirtschaftsbünde dem Reichskanzler ihre bekannten Eroberungspläne unterbreiteten, wurde ich mit einigen Parteifreunden beim Reichskanzler vorstellig, um Einspruch zu erheben gegen diese Pläne. Wir verwiesen dabei auf unsere im Reichstage am 4. August 1914 abgegebene Erklärung. Wir hatten die Genugtuung, aus dem Munde des Reichskanzlers zu hören, daß er mit jenen Eroberungsplänen nichts zu tun haben wolle (gewaltiger Beifall), daß er sie weit von sich weise, und daß er sie wie alle ähnlichen Pläne auf das entschiedenste mißbillige. (Großer Beifall und Trampeln.) Das war vor mehr als einem Jahre. Der Reichskanzler hat seitdem nichts gesagt und getan, was uns zu der Annahme nötigte, er stände nicht noch heute auf seinem damaligen Standpunkt.“

Das offiziöse Blatt knüpft an dieses Telegramm folgenden Kommentar:

„Wir bemerken hierzu, daß die erwähnte Denkschrift der sechs Wirtschaftsverbände die Annexion von Belgien, der angrenzenden französischen Küstengebiete bis zur Somme, der Kohlengebiete, der Departements Du Nord und des Pas des Calais, Angliederung von Teilen der Disterprovinzen und der südlich davon gelegenen Gebiete forderte. Diese maßlosen Eroberungspläne hat der Reichskanzler in der Tat niemals zu den seinigen gemacht, wie auch aus seinen wiederholten Erklärungen im Reichstage hervorgeht, in denen er seine Kriegsziele in allgemeinen Umrissen angedeutet hat (erhöhte Würdigung für Grenzicherung, Einsparstoffe, Neugestaltungen usw.).“

Wir möchten unsererseits hinzufügen, daß der Reichskanzler sich mehrfach im Parlament über Kriegsziele in einer Weise geäußert hat, die der grundsätzlichen Auffassung der Sozialdemokratie nicht entspricht. Aus dem Telegramm des „Lokal-Anzeigers“ geht nicht hervor, ob Scheidemann auch dazu Stellung genommen hat.

Bethmann Hollweg gegen Rapp.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht an der Spitze ihrer Donnerstagnummer folgende Auslassung:

Durch das in die Presse gelangte Mundschreiben des General-Landschaftsdirektors Rapp ist eine erneute Erörterung des Falles hervorgerufen worden. Die Presse beschäftigt sich insbesondere mit den Eingangssätzen der Rappschen Erklärung: „Herr Rapp hat der Politik des Herrn Reichskanzlers den Vorwurf der Unfähigkeit und Schwäche gemacht. Der Herr Reichskanzler hat gegen Herrn Rapp persönliche Schimpfworte gebraucht.“ Diese Darstellung des Sachverhalts wird in einer Reihe von Zeitungen abgelehnt. Die „Kreuz-Zeitung“ dagegen tritt ihr bei, indem sie erklärt, Herr Rapp sei tatsächlich persönlich beschimpft worden. Das Blatt unterläßt eine Prüfung der Frage, ob die persönliche Denkschrift nicht weit über jede zulässige Kampfmethode hinausgegangen ist. Dadurch werden folgende Angaben nötig:

Die Rappsche Denkschrift behauptet, die Handhabung der Zensur erwecke den Eindruck, daß sie weniger in den Dienst der vaterländischen Sache, als in den der gegenwärtig an leitender Stelle befindlichen Männer gestellt wird, zum persönlichen Schutz gegen Angriffe, denen sie wegen ihrer Haltung auf politischem und wirtschaftspolitischem Gebiet ausgesetzt sind.“

Die Denkschrift spricht von dem Gefühl der vaterländischen Kreise, daß die politische Leitung ihrer Aufgabe nicht gewachsen sei und fährt fort: „Der Reichskanzler beruft sich demgegenüber auf die unbedingt notwendige Einigkeit des Volkes, das in solcher Zeit voll Vertrauen hinter ihm stehen müsse. Die Parole Einigkeit fängt an, bei uns dieselbe unglückliche Rolle zu spielen, wie einst im Jahre 1806 das nach Jena gefallene staatsverräterische Wort: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht.“

Die Denkschrift sagt, das Volk schenke der Verführung der politischen Leitung, daß nicht Unentschlossenheit, vielmehr nur nähere Abwägung aller in Betracht kommenden Momente in der U-Boot-Frage führend sei, keinen Glauben mehr. „Jetzt hat es erkannt, daß nicht Mut, sondern Wankelmüt es ist, der diese Waffe seit über Jahresfrist nicht geführt, sondern immer wieder gehemmt hat.“

Die Denkschrift erhebt ferner die Vorwürfe: „Preisgabe unseres völkischen Ansehens“, „mutlose Unentschlossenheit“, „Ueberschreitung der Grenzen, die der Reichsgiebigkeit durch unsere Ehre gezogen sind“ usw.

Hiernach kann niemand über den Haren Tatbestand in Zweifel sein. Es lagen Angriffe unerhörtester Art vor, die eine scharfe Abwehr erforderten, im Staatsinteresse, und es geht nicht an, daß man jetzt versucht, den Angreifer als den Verleumdigen hinzustellen.“

Ein netter Ratsschlag.

In der „Kreuz-Zeitung“ kommt Freier Herr Senfft von Pilsach, anlässlich einer Polemik gegen Sir Edward Goschen, dessen Artikel in der „Neuen Zürcher Zeitung“ wir im Auszug wiedergegeben haben, auf das „Ringen um die Seele der Neutralen“ zu sprechen:

„Neben dem blutigen Kampfe der Waffen geht das geräuschlose, aber nicht weniger erbitterte Ringen um die Seele der Neutralen einher. ... Rein Mensch, auch kein Engländer oder Franzose, bestreitet mehr, daß sich in Europa die Kriegslage je länger je mehr zu unseren Gunsten entwickelt hat. Diesem unserem Vorkampfe also können wir unsere Erfolge in dem Ringen um die Seele der Neutralen nicht an die Seite stellen. Nur bei einzelnen von ihnen mag der Eindruck unserer Siege und Eroberungen durch die Mühsal auf ihren schmachvollen Rückzug gegenüber der englischen Flotte aufgewogen werden. Es mag auch sein, daß die feindlichen Mächte über unseren in dem unsauberen Handwerk der De-

streichung überlegen sind. ... Der glänzende Erfolg unserer Kriegsanleihen sollte uns zu dreifachem Ueberbieten ermutigen. Dieses Kampfmittel steht freilich in keinem guten Geruch; aber unsere Feinde haben es uns aufgedrängt wie den Gebrauch von Stinkbomben.“

Wir müssen gestehen, daß uns diese, von Herrn v. Pilsach so warm empfohlene „Stinkbombe“ denn doch zu anrüchlich erscheint.

Bundesratsbeschlüsse.

Berlin, 21. Juni. (W. L. V.) In der heutigen Sitzung des Bundesrates gelangten zur Annahme: Der Entwurf einer Bekanntmachung über Preisbeschränkungen bei Verkäufen von Seilwaren, der Entwurf einer Bekanntmachung über das Verbot des Vorverkaufs von Getreide der Ernte des Jahres 1916, der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend Erntevorschläge im Jahre 1916, und der Entwurf einer Verordnung über untaugliches Schuhwerk.

Vorschlag zum Herrenhaus.

Der Vorstand des alten und befristeten Grundbesitzes im Landschaftsbezirk Braustadt nahm eine Präsentationswahl für das Herrenhaus an Stelle des verstorbenen Rittergutsbesitzers v. Chlapowski-Ropalzewo vor. Gewählt wurde Rittergutsbesitzer Sigismund v. Chlapowski-Lurzew mit 24 von 28 abgegebenen Stimmen.

Die neuen Postwertzeichen.

Zur Einführung neuer Briefmarken macht die Kaiserliche Reichspostverwaltung folgende Mitteilung:

Anlässlich der bevorstehenden Einführung einer außerordentlichen Reichsabgabe, die mit den Post- und Telegraphengebühren vorausschüssig vom 1. August ab erhoben werden wird, wird die Reichspostverwaltung voreist folgende Postwertzeichen neu herausgeben: Freimarken zu 2/3 Pf., 7/8 Pf. und 15 Pf., Postkarten zu 7/8 Pf., Postkarten mit Antwortkarte zu 7/8 Pf. und 7/8 Pf., Freimarkenheften mit 20 Freimarken zu 2/3 Pf. (Verkaufspreis 75 Pf.).

Mit dem Verkauf der neuen Wertzeichen wird in den letzten Tagen des Juni bei den Postanstalten begonnen werden. Die Marken zu 2/3 Pf. werden es jedermann ermöglichen, etwa vorhandene Bestände an Marken oder Postkarten zu 5 Pf. aufzubrauchen.

Die bayerische Postverwaltung wird eigene neue Marken herausgeben.

Die Militärzensur von Feldpostbriefen.

Soldaten hatten den Wunsch ausgesprochen, daß nicht der unmittelbare Vorgesetzte die Briefzensur vornehmen soll, weil dann die Soldaten nicht in voller Unbefangenheit ihre Familien- und Geschäftsverhältnisse erörtern könnten. Eine daraufhin vom Abgeordneten Marquardt an den Großen Generalstab gerichtete Eingabe hat Erfolg gehabt. Der Generalstab des Feldheeres hat ihm geschrieben:

„Ich beehre mich, Euer Hochwohlgeboren für die zum Ausdruck gebrachte Bemerkung verbindlichst zu danken und gleichzeitig erklären zu dürfen, warum die Verantwortung erst jetzt erfolgt. Die Frage der Zensur von Soldatenbriefen bildete bereits Gegenstand der Erwägung, als Euer Hochwohlgeborenen Schreiben eintraf. Nachdem die Erwägungen im Sinne der von Ihnen gegebenen Anregungen stattfanden, kann ich nunmehr mitteilen, daß auch die endgültige Regelung der Angelegenheit im Sinne Ihres Schreibens erfolgt ist.“

Ein Fahrgesang auf Ritzener.

Aus Chemnitz wird uns geschrieben: Was man nicht für möglich halten sollte, das hat sich tatsächlich ereignet: in Chemnitz ist ein Fahrgesang auf Ritzener zu dessen Tod fabriziert worden, der nun öffentlich verbreitet und in öffentlichen Lokalen sogar gesungen wird.

Wie solche Witzge die zu bewerten sind, darüber gibt es wohl unter anständigen Menschen nur ein Urteil. Bemerkenswert scheint uns aber dabei besonders zu sein, daß der Verfasser dieses Liedes ein schon lange in derselben Richtung tätiger Mitarbeiter der angesehensten bürgerlichen Zeitung in Chemnitz und — ein Buchhändler ist, der sich nicht scheut, diesen Witz auch noch in seinem Laden zum Kauf (5 Pf. das Stück) auszuhängen!

Volksschule und höhere Schule.

Das Deutsche Philologenblatt enthält folgende Bemerkung:

„In der Presse finden sich zahlreiche Besprechungen eines Erlasses, den der preussische Kultusminister über die Frage, wie den Volksschülern der Uebergang zur höheren Schule erleichtert werden kann, angeblich veröffentlicht hat oder zu veröffentlichen beabsichtigt. Da es bis jetzt, wie von ausländischer Seite festgestellt worden ist, einen solchen Erlass nicht gibt, fallen alle näheren Angaben darüber in sich zusammen. Erst wenn die im Ministerium augenscheinlich noch schwebenden Verhandlungen und Erwägungen zum Abschluß gelangt sind, und wenn ein dahingehender Erlass tatsächlich vorliegt, wird es an der Zeit sein, weitere Mitteilungen über diese Angelegenheit zu machen.“

Die „Post.“ bemerkt hierzu: Wir haben mitgeteilt, daß ein Erlass über den Aufstieg der Volksschüler in Vorbereitung ist und halten auch nach dieser Verichtigung daran fest, daß ein solcher Erlass sich in Vorbereitung befindet.

Eine Riesenkundgebung fürs Frauenstimmrecht.

Aus Amsterdam schreibt man uns: Der von der Regierung vorgelegte Entwurf über die Verfassungsrevision sieht belamlich die Erteilung des passiven Wahlrechts an die Frauen und — ohne bestimmte Formulierung allerdings — auch die des aktiven vor. Um der Reformpolitik den nötigen Antrieb zu geben, hatten die holländischen Vereinigungen für das Frauenstimmrecht und andere für das Frauenwahlrecht eintretende Organisationen am den 18. d. M. ein Meeting in Amsterdam mit darauf folgendem Strahlenzug angelegt. Auch die Arbeiterpartei hatte beschlossen, sich offiziell zu beteiligen. Das Unternehmen ist über alles Erwarten geglückt. Aus allen Teilen des Landes waren die Frauen in Massen gekommen und man kann die Zahl derjenigen, die im Zuge marschierten, auf 12- bis 15 000 veranschlagen — lautier in Verbänden organisierte Frauen. Niemand kann heute mehr bestreiten, daß hinter der Stimmrechtsforderung eine Masse zielbewußter Frauen steht und daß die Bewegung eine richtige Volksbewegung geworden ist. Der ungemein farbenprächtige Aufmarsch mit seinen Fahnen, Panieren und bewimpelten Girlanden machte auf die in den Straßen zusammengeströmten vielen Zehntausende einen großen Eindruck und hat auch propagandistisch ausgezeichnet gewirkt. — Die Spitze des Zuges hatte einen deloraiten Charakter. Hinter drei Frauen in allegorischer Gewandung zu Pferde kamen Gruppen junger Mädchen in griechischen Kleidern. Dann die bürgerlichen Frauenstimmrechtsvereine des Landes in überraschender Stärke. Daß die Stimmrechtsidee in allen Klassen festen Fuß ge-

faßt hat, kam in den zahlreichen Frauen, die in den malarischen Volkstrachten ihrer Provinz — Friesland, Brabant, Drenthe usw. — erschienen waren, zu prächtigem Ausdruck. Herrliche über der ersten Hälfte des Zuges die weiß-gelbe Fahne der bürgerlichen Frauenstimmrechtsbewegung, so stand die zweite, die sich hinter dem großen Banner der Arbeiterpartei scharte, im Zeichen der roten Farbe. Hier stiegen die alten Kampflieder der Partei auf. Aber der Gedanke, die Forderung der Frauenrechte trotz der Schwierigkeiten die ihr wie der politischen Reform zu drohen scheinen, zum Sieg zu führen, einte alle Demonstranten.

Das tägliche Brot.

Ausfuhr von Gansen und Eiern aus Polen.

Mit der Ausfuhr von Gansen soll am 1. Juli 1916 begonnen werden. Die Ausfuhr erfolgt auf Grund eines von der Amtlichen Handelsstelle aufgestellten Planes deutscher Bezugsgebiete.

Mit der organisierten Ausfuhr russisch-polnischer Eier soll am 15. Juli 1916 begonnen werden. Besonders hervorzuheben ist, daß die Eier künftig mit dem für den letzten Verbraucher maßgeblichen Verkaufspreis gestempelt werden. Hierdurch wird es den Konsumenten ermöglicht, Preisüberschreitungen zu verhindern. Als Bezugspreis ist zunächst ein Preis von 10 Pf. in Aussicht genommen.

Mahnungen an Landwirte.

Mit Mahnungen und Drohungen versuchen die Landräte die Landwirte, die mit ihren Produkten in der Hoffnung auf immer weitere Preissteigerung zurückhalten, einzuwirken. In einer „Gebt die entbehrlichen Kartoffeln heraus“ überschriebenen Bekanntmachung des Landrats des Kreises Osthaveland heißt es: „Sämtliche verfügbaren Kartoffeln sind sofort den Gemeinde- und Gutsverwaltungen oder unmittelbar den von mir zugelassenen Käufern des Kreises anzubieten und zu überlassen. Jedes Verschleiern von Kartoffeln, welche zur menschlichen Nahrung dienen können, ist strengstens verboten. Sollten erhebliche Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen des Reichskanzlers und des Oberbefehlshabers festgestellt werden, so würde ich gestungen sein, widerwärtig, hohe Belohnungen für die Feststellung der Uebertretungen auszusprechen. Die Not ist in einzelnen Bezirken wirklich äußerst groß! Jeder helfe jetzt dem Vaterlande über den Monat Juni hinweg, was nicht durch Schellen geschieht, sondern mit Laifkraft und Opfern!“

Eine ebenso ernste Mahnung richtet der Landrat des Kreises Demmin bezüglich der schnellen Lieferung der Kartoffeln an die Städte, besonders an die Reklamierten und sonst Dabeim-gebliebenen. Es heißt in dem Erlass: „Ehrlos wäre es, wenn Reklamierter und Zubehörliebende aus Faulheit und Bequemlichkeit nicht alles daransetzten, die dringend angeforderten Kartoffeln möglich zahlreich und rasch zu liefern.“

Immer neue Schliche.

Alle gesetzlichen Bestimmungen scheinen gegenüber dem gerissenen Wucher nicht zu helfen. Die Spekulanten finden immer neue Mittel, um durch die Wachen des Gesetzes hindurchzuschlüpfen. Der „Amtliche Nachrichtenendienst für Ernährungsfragen“ macht heute auf folgendes aufmerksam:

„Im Anzeigenteil mancher Zeitungen erscheinen jetzt, wo den letztenmöglichen Kauf- und Verkaufsangeboten der Zugriff des Gesetzgebers droht, vielfach Tauschanerbietungen. Eine Reihe solcher liegt vor, wo Händler alle möglichen Waren gegen Zucker, Öl oder Fleisch einzutauschen suchen. Es steht zu erwarten, daß je schärfer sich die Verordnungen um den Kettenhandel legt, um so weitgehender die Umgehungsform des Tauschgebotes versucht werden wird. Während beim Kauf gegen Geld im Preis sofort die Festsetzung möglich ist, ob sich der gebotene und verlangte Preis innerhalb der Höchstpreisfestsetzungen hält, ist das beim Tausch nicht ohne weiteres möglich. Die Wertverhältnisse sind also veränderlich, die Spekulation kann beliebig starke Formen annehmen. Insofern liegt auch die Wahrscheinlichkeit des Wertstokes gegen gesetzliche Bestimmungen vor, als es sich meistens um beschlagnahmte Waren handelt, sogenannte verkehrsfreie Ware, die möglicherweise bei der Bestandaufnahme nicht angemeldet wurde, und die der Besitzer jetzt im Tausch gegen andere Ware, auf deren Wertsteigerung man spekuliert (Zucker) vorteilhaft loszuwerden versucht.“

Wenn der Nachrichtenendienst zum Schluß verpricht, die bevorstehenden gesetzlichen Bestimmungen über den Wucher würden auch diesem Treiben ein Ende machen, so ist das nur lebhaft zu wünschen. Aber wir fürchten, auch da werden sich wieder Auswege finden, solange man nicht wenigstens die wichtigsten Lebensbedürfnisse dem freien Verkehr vollkommen entzieht.

Eine Reichsstelle mit privatkapitalistischen Interessen.

Vom Kriegsausgang für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel erhalten wir folgende Verichtigung:

„In Nr. 164 Ihres Blattes befindet sich in dem Abschnitt „Das tägliche Brot“ ein Aufsatz mit der Ueberschrift „Eine Reichsstelle mit privatkapitalistischen Interessen“, der sich gegen den unterzeichneten Kriegsausgang richtet. Wir bitten auf Grund des Preßgesetzes § 11 um gest. Aufnahme der vorliegenden Verichtigung in die nächste Nummer Ihres Blattes.“

1. Der Kriegsausgang für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel G. m. b. H. ist keine Reichsstelle mit privatkapitalistischen Interessen, sondern verfolgt sachungsgemäß ausschließlich gemeinnützige Zwecke. Das von privater Seite zur Verfügung gestellte Kapital ist ohne Einfluß auf die Entschlüsse der Gesellschaft; es wird lediglich aus einem etwaigen Reingewinn mit 5 v. H. verzinst. Dem Reichsamt des Innern bzw. dem Reichsfinanzamt steht für alle Beschüsse des Kriegsausganges das Einspruchsrecht zu.

2. In Ihrem Aufsatz heißt es: „Jeder Händler kann kaufen, wie er will. Die einzige Beschränkung, die ihm auferlegt ist, ist die, daß er vor dem Einkauf dem Kriegsausgang die Sache bekanntgibt. Damit kann von einem billigeren Einkauf aus dem neutralen Ausland keine Rede sein und die Verhältnisse sind durch diese Reichsgründung demnach nicht gebessert worden.“ Diese Darstellung ist unzutreffend. Abzüglich hat man, um im Interesse der Allgemeinheit alle Zufuhrkanäle offenzubehalten, den Händler nicht ausgeschlossen. Der Kriegsausgang übt aber eine ausreichende Kontrolle über die Preisgestaltung aus, und zwar dadurch, daß die Anmeldung jeder Kaffeezufuhr vorgeschrieben und daß dem Kriegsausgang das Recht eingeräumt ist, nach seinem Ermessen bestimmte Mengen der Ware zu übernehmen und den Uebernahmepreis endgültig festzusetzen.

3. Die Abmachungen mit der Bremer Kaffeehandels-Aktiengesellschaft sind getroffen worden, um berechtigten Wünschen der Kaffeehändler, Lazarett usw. entgegenzukommen. Die Festsetzung der Preise ist durch die höheren Verhandlungskosten für die Kaffeeentziehung begründet, wie der Kriegsausgang in sorgfältiger Prüfung festgestellt hat. Die Preise können jederzeit geändert werden, falls dies nach Lage der Umstände angebracht sein sollte.

4. Ebenso bedeuten die für Kornrand-Kaffeeersatzmischung (gemahlen) und für Rothweins Malakaffee festgesetzten Preise keine „Vorzugsrechte“; sie entsprechen vielmehr den schon vor Bestehen des Kriegsausganges durch die Reichsgereichtsstelle und die Reichsuntermittelstelle auch für alle anderen Betriebe ausnahmslos festgesetzten Preise.

5. Von „besonderen Vorteilen“, die der Kriegsausgang für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel G. m. b. H. irgend jemandem gewährt hätte, kann hiernach keine Rede sein.“

Ein Oberbürgermeister in der Arbeiterversammlung.

Der Kieler Oberbürgermeister hat am Sonntag auf Einladung des Vorsitzenden der Kieler Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes in einer außerordentlich stark — hauptsächlich von Werftarbeitern — besuchten Metallarbeiterversammlung im Gewerkschaftshaus über die Lebensmittelversorgung Kiels gesprochen. In seinem einstündigen Vortrage über das, was bisher in Kiel geschehen ist, hob er unter anderem auch hervor, daß die Provinzen und Stellen, die von den zuständigen Stellen angewiesen waren, der Stadt Lebensmittel zuzuführen, vielfach verlagert hätten. Wenn die Stadt bei Abgabe der von ihr bezogenen Lebensmittel anfänglich mit Händlern gearbeitet habe, so nur, um sich die Erfahrung und Geschicklichkeit dieser Leute bei der Lebensmittelversorgung zu sichern. In der Bevölkerung sei aber zu Unrecht der Argwohn entstanden, daß diese Leute sich Vorräte aufspeicherten und unreele Warenschaften treiben. Um aber das Vertrauen der großen Masse der Konsumenten zu erhalten, sei die Stadtverwaltung dazu übergegangen, die von ihr beschafften Lebensmittel direkt an die Konsumenten abzugeben, selbst auf die Gefahr hin, daß dabei zunächst mancherlei Unzulänglichkeiten entstehen. Der Redner erklärte noch, daß die Stadt alles tun werde, um die Lebensmittelversorgung so günstig wie möglich zu gestalten, daß aber auch nötig sei, daß die Bevölkerung die städtischen Behörden durch Befolgung der nötigen Anordnungen kräftig unterstütze. An den Vortrag schloß sich eine lebhafte, aber sachliche Debatte, in der verschiedene Wünsche, besonders der nach einer reichlichen und preiswerten Versorgung der Bevölkerung mit Fisch, laut wurden. Der Oberbürgermeister versprach, daß die Stadtverwaltung die gegebenen Anregungen in Berücksichtigung ziehen werde und stellte auch in Aussicht, daß die Stadt Kiel, ebenso wie andere Städte, auf das nachdrücklichste sich bemühen wolle, an höherer Stelle auf Beseitigung der vielen beklagten Mängel hinzuwirken.

Zur Verbesserung der Gefängnisloft.

Die badische Regierung hat auf die Eingabe der sozialdemokratischen Fraktion mitgeteilt, daß sie den Vorstand des Vereins badischer Gefängniswärter beauftragt habe, Erfahrungen über die Notwendigkeit, die Gefängnisloft zu verbessern und mit den gestiegenen Lebensmittelpreisen in Einklang zu bringen, schriftlich niederzulegen. Die Regierung will dann in eine Prüfung dieser Ergebnisse eintreten und eine Verordnung für die badischen Gefängnisse erlassen.

Es wäre wünschenswert, daß sämtliche Gefängnisverwaltungen sofort alle Maßnahmen treffen, um eine ausreichende Ernährung der Gefangenen sicherzustellen.

Maßnahmen gegen Kriegswucher in der Schweiz.

Kriegswuchererscheinungen sind die Last, mit der die Wirtschaft aller Völker gegenwärtig zu kämpfen haben: Freunde, Feinde und Neutrale. In der Schweiz geht gegenwärtig die Warenabteilung des Volkswirtschaftsdepartements mit Nachdruck dem Wucher zu Leibe. Durch die Telegraphenzensur wird sie über alle telegraphischen Offerten von Schiebern und Kettenhändlern unterrichtet, während die Lagerhausverwaltung die angeordnete Bestandsaufnahme der in ihren Lagern vorhandenen Spekulationsgüter durchführt. Die Beschlagnahme von Lebensmitteln, die wucherischen Zwecken dienen, hat bereits erheblichen Umfang angenommen; über den zu einschätzenden Wert befindet eine Kommission. Bei der Verteilung der beschlagnahmten Ware wird Bedacht darauf genommen, sie möglichst zuverlässigen Interessengruppen zuzuführen, um sie unter gleichzeitiger Ausräumung strengster Bedingungen für den Verkauf. Ein besonderes Kapitel hat bei der Beschlagnahme der Waren auf fremder Regierung, deren Preisgebote nicht als wucherisch betrachtet werden. Den ungünstigen Einfluß, den solche Anerbieten auf die schweizerische Presse ausüben, sucht man dadurch zu vermeiden, daß der schweizerische Bundesrat selbst den Warenkauf zu Kompensationszwecken in die Hand nimmt.

Aus der Partei.

Stellungnahme der Berliner Organisationen.

Erster Wahlkreis.

In der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins für den ersten Berliner Wahlkreis erstattete der Vorsitzende Genosse Petermann den Geschäftsbericht, der zwei Jahre umfaßte. Im Jahre 1914 zählte der Wahlverein 996 männliche und 160 weibliche Mitglieder, im Jahre 1915 dagegen 638 männliche und 97 weibliche. 1916 blieben noch 555 männliche und 95 weibliche. In diesem Bestande sind enthalten auch diejenigen Mitglieder, die sich beim Heere befinden.

Der Kassierer Genosse Wolmann erstattete dann gleich den Kassenbericht, aus dem der Vorsitzende schon vorher einige Zahlen mitgeteilt hatte. Am 1. April 1914 war ein Bestand von 1729,04 M. vorhanden. Im Geschäftsjahr 1914/15 betrug die Reineinnahme (ohne jenen Bestand) 2349,70 M. und im Geschäftsjahre 1915/16 betrug sie 1864,75 M. In beiden Geschäftsjahren überstiegen die Ausgaben die Reineinnahmen, nämlich im ersten um 482,59 M. und im zweiten um 548,20 M. Nach Abrechnung dieser Mindereinnahmen von dem Bestande von 1729,04 M., der am 1. April 1914 gezählt worden war, verblieb am 31. März 1916 ein Bestand von 698,25 M.

Genosse Lucht gab dann als Mitglied der Lokalkommission seinen Bericht. Im Anschluß daran rechtfertigte er seine Stellungnahme im Zentralvorstand von Groß-Berlin, in dem er darlegte, weshalb er auf dem Standpunkt der Mehrheit der Reichstagsfraktion stehe.

Daran schloß sich gleich der Bericht der Prekominmission, den die Genossin Ludwig erstattete. Nach Mitteilung einiger Zahlen legte sie die Stellungnahme der Prekominmission in den verschiedenen bekannten Angelegenheiten dar, wobei sie hervorhob, daß sich die Prekominmission streng im Rahmen des Statuts gehalten habe. Sie erwartet von der Generalversammlung von Groß-Berlin, daß sie mit Bezug auf den „Vorwärts“ die Rechte der Berliner wahren werde.

Nachdem dann noch der Genosse Demigen den Bericht der Schiedskommission gegeben hatte, wurden die Wahlen vorgenommen, für die, abgesehen von zwei Fällen, nur Einzelkandidaturen in Frage kamen.

Es wurden gewählt als 1. Vorsitzender Petermann (einstimmig), als 2. Vorsitzender Langner, als 1. Kassierer Holzmann, als 2. Kassierer Strelow, als 1. Schriftführer Reichert, als 2. Schriftführer die Genossin Kohn. — Revisoren wurden Liesegang, Richter jun. und Fräulein Sena.

Für die Lokalkommission kamen als Kandidaten die Genossen Lucht und Schide in Frage. Gewählt wurde Schide mit 28 Stimmen, während auf Lucht 17 Stimmen entfielen. Ferner wurden gewählt: in die Prekominmission Genossin Ludwig, in die Schiedskommission Demigen, in die Kinderbeschutzkommission Genossin Richter, in den Bildungsausschuß Wittermann, als Leiterabenteilerin Ludwig. — Mitglieder des Zentralvorstandes sind wieder der Vereinsvorsitzende und die entsprechenden Kommissionsmitglieder.

Abgesehen von der erwähnten Ausnahme erfolgten die Wahlen teils gegen wenige Stimmen, teils einstimmig.

Die Bezirksführer und Delegierten wurden bestätigt. Es wurde dann noch zu der Kandidatenfrage für die von der Verbandsgeneralversammlung vorzunehmenden Wahlen Stellung genommen. Eine Abstimmung ergab 21 Stimmen für Adolf Hoffmann als Vorsitzenden und 18 Stimmen für die Beibehaltung von Eugen Ernst. 24 Stimmen für Gebst als Kassierer und 15 Stimmen für die Beibehaltung von Böste, 20 Stimmen für Weise als Verbandssekretär

und 13 Stimmen für die Beibehaltung von Th. Fischer, 28 Stimmen für Stadthagen als Mitglied des Parteiausschusses und 15 Stimmen für die Wahl Th. Fischers zu diesem Posten. Der Vorsitzende erklärte, daß somit die Mehrheit der Versammlung sich für die Kandidaturen von Adolf Hoffmann, Gebst und Weise als Verbandsbeamte und für die Kandidatur Stadthagen für den Parteiausschuß ausgesprochen habe.

Dritter Wahlkreis.

In den Armin-Hallen fand am Dienstag die Fortsetzung der Generalversammlung vom 30. Mai statt.

Der Vorsitzende Braun gab den Bericht von der Prekominmission, G. Müller berichtete von der Lokal- und Jakob von der Schiedskommission. An den Bericht schloß sich eine längere Diskussion, in der die Ausführungen des Referenten unterstrichen wurden.

Die Wahlen hatten folgendes Ergebnis: Prekominmission: Gustav Müller. Lokalkommission: Tschirische. Schiedskommission: Tschirische. Kinderbeschutz-Kommission: Genossin Schröder. Kreis-Schiedskommission: Buchmann, Baher, Rüdiger, Bauer Schmidt, Borchardt, Preuß. Zeitungskommission: Hinz, Frau Mittag, Bauer Schmidt. Bildungskommission: Gent, Lanow, Mühle, Berndt, Eichhof. Schifferkommission: Gent. Delegierte zur Generalversammlung Groß-Berlin: Lanow, Borchardt, Gehre, Börner, Genossin Behne, Kräcker, Gent, Dudde, Mühle, Tschirische.

Folgender Antrag der Genossin Mittag wurde gegen drei Stimmen angenommen:

Wir beantragen hiermit, die Delegierten mit gebundenem Mandat zu senden, das heißt, daß sie auf der Generalversammlung für Groß-Berlin die Meinung des Kreises zum Ausdruck zu bringen haben.

Die Versammlung erklärte sich auch einverstanden damit, daß der Generalversammlung Groß-Berlin Stadthagen zum Parteiausschuß vorgeschlagen wird.

Weiterhin wünscht die Versammlung des dritten Kreises, daß am Sonntag nur Oppositionsmitglieder gewählt werden und nicht mehr der alte geschäftsführende Ausschuß.

In der ersten Versammlung am 30. Mai waren die Neuwahlen des Vorstandes vorgenommen worden. Es wurden gewählt Justin Braun als 1. Vorsitzender mit 178 Stimmen, auf den Genossen Kohl waren 58 Stimmen vereint; als 2. Vorsitzender Genosse Tschirische gegen wenige Stimmen. Als 1. Kassierer wurde Genosse Dudde mit 121 Stimmen gewählt, während auf Genossen Feldmann 67 abgegeben wurden; als 2. Kassierer wurde Genosse Stein gewählt. Als 1. Schriftführer Genosse Müller, als 2. Schriftführer Genosse Gent, und als Beisitzer die Genossen Prag, Schatzschneider, Fritsch, Jakob, Kräcker, Hinz, Buchmann und Reinko gewählt. Als Revisoren wählte die Versammlung die Genossin Behne sowie die Genossen Mühle und Drauninger.

Fünfter Wahlkreis.

In der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den fünften Reichstagswahlkreis wurde der Vorstandsbericht vom Genossen Hahnisch erstattet, der an Stelle des zum Militär eingezogenen Genossen Friedländer das Amt des ersten Vorsitzenden bekleidete. Er besprach kurz die Angelegenheiten, mit denen sich die Vorstandsführungen beschäftigt haben und gab dann einen Überblick über die Mitgliederbewegung. Ende März 1915 hatte der Verein 2149 Mitglieder, nämlich 1834 männliche, 315 weibliche und 482 zum Wehrdienst eingezogene. Ende März 1916 belief sich die Mitgliederzahl auf 1575, nämlich 1344 männliche, 231 weibliche und 767 zum Militär eingezogene. — Der vom Genossen Weise erstattete Kassenbericht für das Halbjahr Oktober 1915 bis Ende März 1916 ergibt eine Einnahme von 2390,84 M., eine Ausgabe von 1778,78 M. und einen Bestand von 612,11 M. — Eine Debatte schloß sich an den Vorstandsbericht nicht.

Zur Neuwahl des Vorstandes lag ein Antrag der ersten Abteilung vor, welcher fordert, daß die Generalversammlung von der Neuwahl des Vorstandes Abstand nimmt und daß der fünfte Kreis bei der Verbandsgeneralversammlung den Antrag stellt, die Wahl des Vorsitzenden, Schriftführers und Kassierers von der Tagesordnung abzugeben.

Zur Begründung des Antrages wurde auf den Beschluß vom 8. Oktober 1914 verwiesen, wonach während des Krieges weder Generalversammlungen abgehalten noch Neuwahlen vorgenommen werden sollen.

Die Versammlung beschloß mit großer Mehrheit, über diesen Antrag zur Tagesordnung überzugehen. — Angenommen wurde ein Antrag des Genossen Dr. Wehl, dem der Vorstand zugestimmt hat. Dieser Antrag besagt, die gegenwärtige Generalversammlung solle die Neuwahl des Vorstandes vornehmen. Sogleich nach Beendigung des Krieges soll eine Generalversammlung einberufen werden, welche wieder eine Neuwahl des Vorstandes vorzunehmen hat.

Hierauf erfolgte die Vorstandswahl. Sie hatte folgendes Ergebnis:

Abgegeben 272 Stimmzettel, davon 57 ungültig. Gewählt wurden als 1. Vorsitzender Weise mit 189 Stimmen; als 2. Vorsitzender Dr. Wehl (205); 1. Schriftführer Seefeld (182); 2. Schriftführer Hildesheim (237); 1. Kassierer Gallas (187); 2. Kassierer Baumgard (260). Als Beisitzer wurden gewählt: Wetter (231), Frau Blum (256), Frau Thiel (212), Frau Bölle (221), Frau Schmielewski (224); Prekominmission: Hollerhaus (199); Lokalkommission: Gader (194); Schiedskommission: Rosemann (194); Kinderbeschutzkommission: Frau Wallstein (200); Festungskommission: Waruch (255); Revisoren: Schöbel (196), Beier (170) und Duenning 169 Stimmen.

Weitere Stimmen erhielten bei der Wahl des 1. Vorsitzenden Hahnisch 81, 2. Vorsitzender Lesser 59, 1. Schriftführer Lorenz 87, 1. Kassierer Suhr 77; bei der Wahl zur Prekominmission Bordin 66, zur Lokalkommission Glashagen 55, zur Schiedskommission Jucht 85; bei der Wahl der Revisoren erhielten Schmiedeberg 84, Stigitz 58 und Müller 40 Stimmen.

Befähigt wurden die in den Abteilungen gewählten Abteilungsleiter. In den Bildungsausschuß für Groß-Berlin wurde Bergmann gewählt. Von einer Abstimmung über die Kandidaturen zum geschäftsführenden Ausschuß für Groß-Berlin und zum Parteiausschuß nahm die Versammlung Abstand.

Sechster Wahlkreis.

Die Kreisgeneralversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis beschäftigte sich am Dienstag zunächst mit der Stellungnahme zur Verbandsgeneralversammlung. Genosse Leid schlug im Auftrage des Vorstandes die folgende Resolution vor:

Die Generalversammlung hält die Einheit und Geschlossenheit der Partei für ein notwendiges Erfordernis für den Aufstieg der Arbeiterklasse; sie erklärt aber, daß diese Einheit gegründet sein muß auf die Grundzüge des sozialdemokratischen Programms, auf die altbewährte Taktik der Partei und auf die Beschlüsse nationaler und internationaler Kongresse.

Die Generalversammlung hält die Politik, die als die Politik des 4. August von der Mehrheit der Reichstagsfraktion betrieben worden ist und noch betrieben wird, mit diesen Grundzügen und Beschlüssen nicht vereinbar und erhebt Einspruch dagegen, daß diese Politik als die Politik der Partei ausgegeben wird.

Wie die Reichstagsfraktion nur ein Organ der Partei sein kann, das der Gesamtpartei Rechenschaft schuldig ist, so hat auch der Parteivorstand als ausführendes Organ der Gesamtpartei

kein Recht, der Partei die Politik der Mehrheit der Reichstagsfraktion als die maßgebende Politik der Partei vorzuschreiben.

Die Versammlung gibt ihrer Empörung Ausdruck darüber, daß der Parteivorstand dieses sein Bestreben durchzusetzen sucht durch Anwendung brutaler Gewaltmittel, wie das in Duisburg, Frankfurt a. M., Bremen und in Berlin durch Wahregelung unbecuener Genossen und durch Einschüchterung der freien Meinungsäußerung der Genossen und der Presse in widerwärtige Erscheinung getreten ist.

Solche Maßnahmen sind geeignet, der Zerstückelung und Zertrümmerung der Partei die Wege zu bahnen.

Die Parteigenossen versprechen, trotz der die Partei in der schwersten Weise schädigenden Maßnahmen des Parteivorstandes die Grundzüge der Partei und ihre altbewährte proletarische Taktik, die uns aufwärts und vorwärts geführt hat, hochzuhalten, und der Organisation und unserer Presse die Treue zu bewahren.

Schließlich spricht die Versammlung dem Abgeordneten des Kreises, Genossen Ledebour, ihre Zustimmung zu seinem Verhalten im Reichstage aus.

Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Die von den Abteilungen für die Verbandsgeneralversammlung vorgeschlagenen Delegierten wurden dann bestätigt, ohne daß sich ein Widerspruch gegen einen der vorgeschlagenen ergeben hätte. — Die fünfte Abteilung hatte mit Rücksicht auf den durch die Kriegsverhältnisse herbeigeführten geringen Mitgliederbestand beantragt, nur noch einen besoldeten Beamten im Bureau zu beschäftigen. Die Kreiskonferenz, welcher der Antrag vorgelegen hatte, war zur Ablehnung desselben gekommen. Die Kreisgeneralversammlung, welcher der Antrag erneut vorlag, lehnte ihn nach längerer Debatte ebenfalls ab. — Die notwendig gewordene Neuwahl eines Prekominmissionsmitgliedes fiel auf den Genossen Klische. — Schließlich erstattete der Vorstand noch ausführlich Bericht über einen vorliegenden Ausschlußantrag. Die Versammlung stimmte demselben fast einstimmig zu.

Zur Abstimmung in Hanau.

Die vom Pressebureau verbreitete und von uns am Mittwoch abgedruckte Notiz über die Vertrauensmänner-Versammlung im Wahlkreise Hanau-Waldheim-Gelnhausen-Orb ist mißverständlich. Die Versammlung nahm nicht „eine Resolution zugunsten der Kinderzeit der Reichstagsfraktion an“. Die Resolution betont vielmehr, daß die Versammlung „auf dem Boden der entschiedenen Opposition steht“, verurteilt die Politik der offiziellen Partei, „steht in der Politik der Parteimehrheit einen Verrat an der Arbeiterklasse und mißbilligt demgemäß die vom Genossen Hoch im Parlament angenommene Haltung“. Sie spricht weiter dem Genossen Liebknecht ihre Sympathie aus. Die Resolution wurde mit 27 gegen 10 Stimmen angenommen. Jede Fraktion hatte eine Stimme, der Kreisvorstand nahm an der Abstimmung nicht teil.

Aus den Organisationen.

Zwei Versammlungen der Delegierten der Hamburger Landesorganisation beschäftigte der vom Genossen S. Stubbe gegebene Geschäftsbericht. Daraus geht hervor, daß in der Kriegszeit 294886 Monatsbeiträge durch die Einziehungen und 48829 durch Arbeitslosigkeit verloren gingen. Seit Kriegsausbruch ist keine öffentliche Versammlung gestattet worden. Mitgliederversammlungen wurden oft unmöglich gemacht. Der Mitgliederrückgang betrug 1914/15 12954 und 1915/16 8234. 1256 Neuaufnahmen wurden im letzten Geschäftsjahr gemacht. Stubbe berichtete sodann über die Beteiligung an der Lebensmittelversorgung und verteidigte darauf in längeren Ausführungen die Stellung der Vorstände zur Einstellung der Tätigkeit der alten und zur Gründung der neuen Jugendorganisation. Lediglich die finanziellen Gründe seien für die Einstellung maßgebend gewesen. Obwohl die Wahlkreise wie auch das Gewerkschaftsnetz hätten die großen Zuschüsse für das Bildungswesen und die Jugendorganisation nicht mehr leisten können. Trotz der Einstellung des Unterrichtswesens seien noch 30000 M. jährliche Ausgaben verblieben. Von 1909 bis jetzt seien 209 616,70 M. für Bildungswesen und Jugendorganisation ausgegeben worden. Die Mitgliederzahl des Jugendbundes stieg von 800 im Jahre 1909 auf 2633 im Jahre 1914 und fiel 1915 auf 2229. Im weiteren vertrat der Berichterstatter die Beschlüsse des Parteiausschusses.

An der Diskussion beteiligten sich u. a. der Genosse Lindau, der die Stellung der Parteiminorität und Genosse Kadlowen, der Vorsitzende der freien Jugendorganisation, der in halbständiger Redezeit die Stellung der Jugendlichen vertrat. Abg. Genosse Stolten verteidigte die Haltung der Fraktionsmehrheit. Im Schlußwort wandte sich Stubbe gegen die vorliegenden Anträge zur Jugendfrage.

Darauf kam die oft lebhaft bewegte Versammlung zu den Abstimmungen. Abgelehnt wurde, das Verhalten des Vorstandes in der Frage der Jugendorganisation zu mißbilligen und aus der Mitte der Versammlung eine Kommission zu Einigungsverhandlungen zu wählen. (Die Vorstände haben eine solche Kommission bereits gewählt.) Angenommen wurde mit großer Mehrheit ein Antrag, der freien Jugendorganisation das Gewerkschaftshaus wieder zur Verfügung zu stellen. Angenommen wird ein Antrag, der die zuständigen parlamentarischen Körperschaften und die Zentralstelle für die arbeitende Jugend auffordert, dahin zu wirken, daß den zum Heere eingezogenen Lehrlingen die weitere Lehraut erlassen wird, sofern sie zwei Jahre gelernt haben. Ein anderer Antrag weist auf die Jugendwehrbestrebungen hin und fordert demgegenüber die Arbeiterklasse und ihre Vertretungen auf, mit allen Mitteln für Kinder- und Jugendschutz, insbesondere den Sechsstundentag für alle Arbeiter unter 18 Jahren einzutreten. Auch dieser Antrag wurde angenommen.

Die Generalversammlung für den 17. sächsischen Wahlkreis (Glauchau-Neerane), an der aus fast allen Ortsgruppen Vertreter teilnahmen, nahm zunächst den Jahresbericht entgegen. Danach zählte die Organisation am Schluß des Geschäftsjahres noch 2611 männliche und 437 weibliche Mitglieder. Der Massenbestand betrug 8992,60 M. Beim Bericht der Prekominmission wurde erwähnt, daß die Mehrheit der Kommission, zu der auch die Vertreter des 17. Kreises gehören, die Haltung der „Chemnitzer Volksstimme“ gebilligt hätten. Genosse Pollenbühr, der Abgeordnete des Kreises, besprach dann die letzte Reichstagsstagung. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Der Vorsitzende stellte unter allgemeiner Zustimmung fest, daß die Genossen mit der Haltung ihres Abgeordneten einverstanden seien.

In der Generalversammlung des 21. sächsischen Kreises (Annaberg-Schwarzenberg). Vertreter im Reichstage Genosse Grenz, waren 13 Ortsgruppen durch 19 Delegierte vertreten. Nach dem Geschäftsbericht beträgt die Zahl der Mitglieder noch 1847 männliche und 64 weibliche, die sich auf 32 Orte verteilen, in denen noch 18 Ortsgruppen in Tätigkeit sind. Der Einnahme von 2060,89 M. gegenüber. Kreisvorstand und Prekominmission wurden wiedergewählt. Das Parteiorgan des Kreises, die erzgebirgische „Volksstimme“, befißt noch 8354 Abonnenten. Zur Haltung des Blattes wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heutige Kreisversammlung kann sich mit der bisherigen Haltung der „Volksstimme“ nicht einverstanden erklären, da sie nicht geeignet ist, die so notwendige Parteieinheit und grundsätzliche Aufklärung zu fördern. Die Kreisversammlung wünscht in Zukunft eine den Brudergewissen einträumende Schreibweise und spricht in dieser Hinsicht der Tätigkeit der Prekominmission ihre Anerkennung aus.“

Aus Groß-Berlin.

Kriegshinterbliebenenfürsorge der Stadt Berlin.

Wie bei den Kriegsbeschädigten, so müssen auch bei den Kriegshinterbliebenen die Gemeinden eine Fürsorgepflicht „freiwillig“ auf sich nehmen. Was den Witwen, den Waisen und den Eltern der gefallenen Krieger die Rentenversorgung aus Reichsmitteln gewährt, ist ja nur das zum notdürftigen Lebensunterhalt Unentbehrliche. Die besonderen Verhältnisse der einzelnen Familien werden da nicht berücksichtigt, ein dem Kriegsministerium zur Verfügung stehender Fonds für einmalige Unterstützungen vermag daran wenig zu ändern, und die Gewährung von Zusatzrenten soll erst nach dem Friedensschluss geregelt werden. Damit nicht Kriegshinterbliebene die Armenpflege anrufen müssen, haben schon viele Gemeinden eine besondere Kriegshinterbliebenenfürsorge eingeführt. In Berlin war bisher diese Fürsorgetätigkeit privaten Wohlfahrtsvereinigungen überlassen, aber jetzt will auch hier die Gemeinde eingreifen. Geschehen soll das in Anlehnung an die Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen, doch empfiehlt der Magistrat in seinem der Stadtverordnetenversammlung vorgelegten Plan nicht die Angliederung Berlins an den für Brandenburg zu bildenden Provinzialauschuß der Stiftung. Beabsichtigt wird, für Berlin einen eigenen Provinzialauschuß der Stiftung zu bilden. Das soll der Stadtverwaltung ihre Selbstständigkeit auf diesem Gebiete sichern, die Verfügung über einen Teil der aus Berlin an die Stiftung gelangenden Einnahmen und Vermögensbestände, die Möglichkeit der Entscheidung über die aus Berlin an die Stiftung gerichteten Unterstützungsanträge. Die Zwecke der Stiftung sind freilich durch ihre Satzung festgelegt, so daß der Stadtverwaltung da nicht viel Raum für Selbstständigkeit bleibt. Es könnten Fälle vorkommen, wo eine Unterstützung aus der Nationalstiftung satzungsgemäß ausgeschlossen wäre, aber die Gemeinde ihre Hilfe nicht versagen möchte. Daraus ergibt sich für Berlin noch die Aufgabe einer eigenen Kriegshinterbliebenenfürsorge. Diese soll nach der Absicht des Magistrats den Hinterbliebenen auch sachkundige Hilfe bei der gesamten Ordnung ihrer Lebensverhältnisse gewähren, im besondern ihnen beistehen bei der Verfolgung ihres Rechts auf Kriegshinterbliebenenversorgung oder ihrer Ansprüche aus Versicherung. Die geplante Kriegshinterbliebenenfürsorge der Stadt könnte die vielen Organisationen, die auf diesem Gebiet arbeiten, zu gemeinsamer und einheitlicher Arbeit zusammenschließen. In ihrer eigenen Fürsorgeorganisation würde die Stadt volle Selbstständigkeit haben, aber der Magistrat hält doch auch eine Zusammenfassung und gegenseitige Ergänzung der Gemeindefürsorge und der Nationalstiftung für erforderlich. Er schlägt vor, daß die Gemeindefürsorge die Aufgaben des Provinzialauschusses Berlin der Stiftung mit übernimmt. Nur aus formellen Gründen sollen die Bestimmungen für die beiden Fürsorgeeinrichtungen getrennt werden. Der Provinzialauschuß Berlin befindet sich nach dem Hauptauschuß der Gemeindefürsorge, der durch Vertreter des Stiftungspräsidiums und des Landesauschusses für Kreuze zu verstärken wäre. Für die Gemeindefürsorge sollen als Kriegshinterbliebene gelten: Witwen und Waisen, denen aus diesem Kriege gesetzlicher Anspruch auf Kriegsversorgung zusteht oder Kriegsversorgung vor Todeserklärung eines Verstorbenen zugebilligt ist; auch die nicht Kriegsversorgungsberechtigten Witwen und Waisen, falls ursächlicher Zusammenhang des Todes mit Wehrdienst oder Kriegskrankenpflege nachgewiesen wird; Eltern mit Kriegselterngeld; Eltern auch ohne Kriegselterngeld, falls besondere Umstände vorliegen, namentlich wenn der Sohn die Eltern noch nicht hatte unterstützen können; uneheliche Kinder, sobald für sie gesetzlicher Anspruch auf Kriegsversorgung eingeführt ist. Auf Hinterbliebene, die schon vor dem Kriege laufende Armenunterstützung hatten, erstreckt die Kriegshinterbliebenenfürsorge der Stadt sich nicht.

Die Stadt Berlin als Vormund.

Das Berliner Vormundschaftsamt hat im Verwaltungsjahr 1914/15 unter dem Einfluß des Krieges einen geringeren Zugang von Mündeln gehabt. Die Vormundschaft der Stadt erstreckt sich nur auf uneheliche Kinder, die in Berlin geboren werden. Nach Ausbruch des Krieges verringerte sich aber infolge vieler Kriegstraumata die Zahl der Kinder, die als unehelich geboren in die Standesamtsregister eingetragen werden mußten. Die Standesämter konnten daher dem Vormundschaftsamt im letzten Verwaltungsjahr nur 8086 Kinder als unehelich geboren melden, gegenüber 9141 im vorletzten Jahre. Etwa die Hälfte der gemeldeten Kinder scheidet für die Vormundung durch die Stadt von vornherein aus, manche infolge frühen Todes, andere infolge baldiger Legitimierung, viele deshalb, weil Bestellung eines Einzelvormunds zweckmäßig scheint. Neu übernommen wurden im letzten Jahr nur 4536 Mündel, gegenüber 4601 neuen Mündeln des vorletzten Jahres. Die Gesamtzahl der seit Einrichtung des Berliner Vormundschaftsamt auf die Stadt übertragenen Vormundschaftern stieg vom Schluß des vorletzten Jahres bis zum Schluß des letzten Jahres von 8514 auf 13 350, wovon aber viele inzwischen schon wieder erloschen waren. In derselben Zeit stieg der Bestand noch geführter Vormundschaftern von 6114 auf 7425. Unter den Ursachen, die zum Erlöschen der Vormundschaftern führten, stand diesmal die Legitimation durch nachfolgende Ehe an erster Stelle. Im vorletzten Jahre wurden nur 502 Fälle gegährt, das letzte Jahr aber hatte 1273 Fälle. Das Vormundschaftsamt hebt in dem Jahresbericht über 1914/15 hervor, daß hier der Einfluß des Krieges ganz unerkennbar sei. „Viele jüngere einkaufende Erzeuger“, sagt der Bericht, „fühlten die moralische Verpflichtung, die Mutter ihres Kindes zu ehelichen und damit dem Kinde den Ratel der unehelichen Geburt zu nehmen.“ Der Krieg hat auch sonst die Tätigkeit des Vormundschaftsamt stark beeinflusst, indem er mit der Kriegsursorge neue Aufgaben brachte. Die Gewährung von Wochenhilfe für ledige Mütter und von Kriegsunterstützung für unehelich geborene Kinder erforderte Feststellungen, die das Vormundschaftsamt besorgte. Zur Anerkennung der Vaterschaft wurden auch die im Felde stehenden Erzeuger durch das Militärgericht (und durch Vermittlung des Roten Kreuzes sogar die in Frankreich, England, Ausland gefangen gehaltenen) veranlaßt, damit den Kindern die Kriegsunterstützung nicht entging. Dagegen wurde für die Kriegszeit auf weitere formelle Verfolgung des Unterhaltsanspruches verzichtet, wenn so die Vaterschaft anerkannt und die Kriegsunterstützung gesichert war. Hieraus erklärt es sich, daß diesmal nur 1173 Unterhaltsklagen angestrengt wurden, gegenüber 1671 im vorletzten Jahre.

Arbeiterbildungsschule. Am nächsten Sonntag fällt infolge Verhinderung des Führers die naturwissenschaftliche Sonntagswanderung aus. Die nächste Wanderung findet Sonntag, den 2. Juli, statt. Näheres wird noch bekannt gegeben.

An den heute, Donnerstag abend, stattfindenden wissenschaftlichen Einzelvortrag sei nochmals erinnert. Genosse Emil Eichhorn wird über die Aufhebung der Kornzölle in England reden. Eintrittspreis 10 Pf.

Ein tödlicher Unglücksfall hat sich in der Grauschen Metallwarenfabrik in Friedrichshagen ereignet. In dem Fabrikgebäude werden gegenwärtig bauliche Veränderungen vorgenommen und aus diesem Grunde mußte eine etwa zwölf Zentner schwere Maschine, ein sogenannter Schraubenstock, nach einem anderen Raume geschafft werden. Bei dem Transport der schweren Last geriet einer der daran beteiligten Arbeiter, der achtzehnjährige Kulis aus Köpenick, an eine schadhafte Stelle des Bodens und brach durch. Er stürzte in einen Schacht und erlitt so schwere Verletzungen, daß er nach kurzer Zeit starb.

Eine Erhöhung des Abonnementspreises kündigt auch der Verlag der „Täglichen Rundschau“ an. Vom 1. Juli ab erhöht sich der Bezugspreis monatlich um 20 Pf. und zwar von 2 M. monatlich auf 2,20 M. Der Verlag begründet diese Maßnahme mit den steigenden großen Kosten für Papier und andere Materialien zur Herstellung der Zeitung.

Verbrannt. Bei einem Wohnungsbrande ist in der vorbergangenen Nacht das 23jährige Dienstmädchen Emma Pannewitz aus Dirschau, das sich bei einer Familie Abraham in der Woldeburger Str. 30 in Stellung befand, verbrannt. Das Mädchen hatte sich, nachdem die Herrschaft ausgegangen war, zu Bett begeben und angeblich bei Licht gelesen. Hierdurch soll das Bett in Brand geraten sein. Hausbewohner bemerkten die Gefahr und drangen auf die Hilferufe der Verletzten in die Wohnung ein. Es gelang, die Flammen schnell zu löschen und das Mädchen nach dem Krankenhaus am Friedrichshain zu schaffen. Leider waren aber die Brandwunden so ausgebreitet, daß eine Rettung unmöglich war. Die schwer Verletzte verschied heute morgen.

Einen unheimlichen Fund machte gestern eine Frau in der Wöhrstr. 117. Sie sah auf der Treppe zwischen dem ersten und zweiten Stock einen Pappkarton liegen, öffnete ihn, um den Inhalt zu ermitteln, und fand darin die Leiche eines neugeborenen Mädchens, die in Hemden und Lappen eingewickelt war. Die Revierpolizei beschlagnahmte die kleine Leiche und brachte sie nach dem Schauhause.

Die öffentliche Leschalle der Deutschen Gesellschaft für Ethische Kultur, Rungestr. 23, versendet ihren 21. Jahresbericht, aus dem wir die interessante Tatsache hervorheben, daß sich auch hier das für unsere Kriegswirtschaft so bezeichnende Anwachsen des weiblichen Arbeiterheeres spiegelt, wie auch die starke Beschäftigung jugendlicher Arbeiter. Von 806 neu eingeschriebenen Lesern waren nur 279 Männer gegen 617 Frauen und Jugendliche. Das Fehlen der rüstigen Männer machte sich in den Mittagsstunden besonders fühlbar. Im ganzen wurden 59 569 Besucher gezählt und 39 554 Bücher gelesen und nach Hause verliehen. Die Leschalle war bemüht, den Bedürfnissen der jugendlichen Leser nach Möglichkeit entgegenzukommen, um den Lesebrock mit guten Büchern zu befriedigen.

Achtung! Schachspieler. Trotz der schweren Zeit und der Verletzung der Wehrzahl der Mitglieder auf den verschiedenen Schachfeldern, veranstaltet der Berliner Arbeiterschachklub am Sonntag dieser Woche (24. Juni) ein öffentliches Schachspieltage verbunden mit Erläuterungen humoristischer Stellen und Partien am Wandbrett. Jeder, der Lust und Zeit zu einer zwanglosen Schachpartie hat, ist freundschaftlich eingeladen. Eintritt und Teilnahme frei. Die Veranstaltung findet Stralauer Brücke 8 (am Bahnhof Jannowitzbrücke), im Lokal „Zum kleinen Gewerkschaftshause“ statt. Anfang 8 Uhr.

Aus den Gemeinden.

Die Kartoffelnot vor der Gemeindevertretung in Weihensee.

In der letzten Sitzung wurde wieder einmal die ungenügende Verteilung der von der Gemeinde beschafften Kartoffeln zur Sprache gebracht. In der vorigen Woche mußten die Einwohner bei dem unglücklichen Wetter stundenlang auf dem Schulhause in der Gustav-Adolf-Strasse warten, um in den Besitz von einigen Pfund Kartoffeln zu gelangen. Zur Entschuldigend wurde vorgebracht, daß nur etwa 200 Zentner angeliefert waren und dieses geringe Quantum nicht genügt, an mehreren Stellen die Verteilung vorzunehmen. Bei der nächsten Lieferung sollten wiederum die Händler berücksichtigt werden. Das ist auch inzwischen geschehen. Hierbei hat es sich leider herausgestellt, daß einige Händler so gewissenlos waren, für ihre ständige Kundschaft Kartoffeln zurückzubehalten. So wurden am gestrigen Tage bei einem Kaufmann W. in der Sedanstraße 26 Zentner verstaubt aufgefunden. In der gestrigen Sitzung der Finanzkommission wurde dann auch der Beschluß gefaßt, solche unreinen Händler in jedem Falle in Zukunft nicht mehr zu berücksichtigen.

Schulgesundheitspflege in Neukölln.

Die Stadtverwaltung Neukölln veröffentlicht soeben eine Verlebrungschrift über die wichtigsten ansteckenden Kinderkrankheiten, die dem städtischen Lehrpersonal an den Mittel- und Gemeindefschulen als Lehrstoff überwiesen werden soll. Die Schrift ist im Auftrage der städtischen Schuldeputation von dem Direktor des Kaiser- und Kaiserin-Friedrich-Kinder-Krankenhauses Geheimen Medizinalrat Universitätsprofessor Dr. Adolf Waginsky verfaßt und behandelt in knapper aber anschaulich gehaltener Schilderung zunächst die Ursachen, den Verlauf sowie die Verhütung der verschiedenen Ansteckungskrankheiten, ferner der Diphtherie, Kinderlähmung, des Typhus, Cholera, Krätze und Ungeziefer. Die stete Aufklärung und Verlebrung der Kinder auf dem Gebiete der Gesundheitspflege wird zur möglichsten Unterbindung der Ansteckungsgefahr von großem Werte sein. Die Schrift soll gegebenenfalls auch an Schüler und Schullehrer als Prämie verteilt werden.

Berichtszeitung.

Mit einer mysteriösen Angelegenheit

Hatte sich gestern die 3. Strafkammer des Landgerichts I zu beschaffen. Wegen Vergehens gegen § 40a St.-G.-B. (Aufforderung zur Begehung eines Verbrechens) war der Zwischenmeister Johann Hüllhorn angeklagt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Wie dem öffentlich verkündeten und kurz begründeten Urteil zu entnehmen war, hatte der Angeklagte, der schon einmal, und zwar mit vier Jahren Zuchthaus vorbestraft ist, ein Inserat veröffentlicht, in welchem er einen Laboratoriumsdienst für zwei Nachmittagsstunden suchte. Darauf hatte sich der im Laboratorium eines Bakteriologen angestellte Diener Esch gemeldet, und diesen soll der Angeklagte, unter Verpfehlung Lingen der Behörde, wobei er auch einmal einen Tausendmarktschein als Verführungsmittel hatte sehen lassen, wiederholt aufgefordert haben, den Schranz seines Herrn zu erbrochen und ihm daraus Bakterien, insbesondere Typhus-Bazillen und verschiedene Gifte zu überbringen. Er ist aber nicht zum Ziel gelangt, vielmehr erstelt

die Kriminalpolizei Kenntnis von der Sache und die Folge war die Erhebung der Anklage. Welche dunklen Zwecke der Angeklagte mit dem Verfaß der Bazillen verfolgte, ist nach außen hin nicht zur Kenntnis gekommen; das Urteil bezeichnet das ganze Treiben des Angeklagten als ein „äußerst geheimnisvolles“, welches auch durch die „Märchen“, die er dem Gerichtshofe zu erzählen für angebracht gehalten habe, nichts von dem geheimnisvollen Charakter verloren habe. — Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten 2 Jahre Gefängnis. Das Gericht erkannte auf 1 Jahr Gefängnis und verfügte die sofortige Verhaftung des Angeklagten.

Ein mit dem Magistrat von Potsdam

abgeschlossenes Lieferungsgeheimnis in rumänischen Bohnen hat für den Rentier Friedrich Jellert nicht nur mit einem materiellen Schaden geendet, sondern ihm auch noch eine Anklage zugezogen. Er hatte sich gestern vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Schwabe wegen Vergehens gegen die Bundesratsverordnung vom 28. August 1915 betr. den Handel mit Hülsenfrüchten zu verantworten. Der aus Rumänien stammende Angeklagte besitzt hier mehrere Häuser, deren Ueberhöfchen infolge des Krieges stark gemindert sind. Da kam er auf den Gedanken, sich seine Kenntnisse der rumänischen Sprache und der rumänischen Verhältnisse zu machen und ein Geschäft mit Bohnen und Del in Szene zu setzen. Er fuhr deshalb nach Rumänien und kaufte dort außer 15 000 Kilo Del auch circa 100 Doppelzentner Bohnen. Er meldete dieses von ihm bezogene Bohnenquantum auch bei der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft an. Die Volks-Kaffee- und Speisehaus-Gesellschaft reflektierte auf den ganzen Posten Bohnen und der Angeklagte hatte von der Z.E.G. den Bescheid erhalten, daß er die 200 Zentner verkaufen könne, wenn sie der Magistrat von Berlin frei gäbe. Der Magistrat von Berlin gab aber nur 40 Zentner für die Volks-Kaffee- und Speisehaus-Gesellschaft frei, so daß noch 160 Zentner übrig blieben, über die nur die Z.E.G. hätte verfügen dürfen. Diese 160 Zentner wurden von dem Angeklagten durch Vermittlung eines Agenten aber kurzerhand an den Magistrat von Potsdam verkauft und damit war die genannte Bundesratsverordnung verletzt worden. Der Angeklagte will sich in gutem Glauben befunden haben und der Ueberzeugung gewesen sein, daß der Magistrat von Potsdam mit dem Magistrat von Berlin gleichberechtigt sei. Er wies auch glaubhaft nach, daß er an dem ganzen Bohnen-Geschäft nichts verdient, sondern nur 1600 M. zugelegt habe. Andererseits befandete Stadtrat Krause-Potsdam, daß ihm die Bohnen von dem Vermittler als handelsfrei gestellt worden seien, und der Vertreter der Z.E.G. wies nach, daß dem Angeklagten ausdrücklich geschrieben worden war: Die Bohnen würden nur freigegeben, wenn der Magistrat von Berlin das Quantum sich auf das dem Kommunalverbande zustehende Kontingent anrechnen lasse. — Das Schöffengericht hatte den Angeklagten zu 2400 M. Geldstrafe verurteilt. Auf die eingeleitete Berufung ermächtigte die Strafkammer die Strafe auf 1000 M., indem sie berücksichtigte, daß es sich hier nicht um Kriegswucher oder dergl. handele und der Angeklagte nicht aus eigenjüngigen Motiven gehandelt habe.

Aus aller Welt.

Italienische Zensur.

Am „Avanti“ fand kürzlich folgende niedliche Geschichte: Der Direktor des Sozialistenblattes ruft durch den Fernsprecher den Zensurbeamten Kat Mori an. „Hier Mori, mit wem spreche ich?“ — „W. Herr Kat, sehr angenehm, hier Redaktion des „Avanti“. Vergangene Nacht haben Sie uns wieder eine Menge weißen Mannes beiseit. Danke für die große Freigebigkeit; aber ein Fall ist darunter, über den man wirklich außer sich geraten kann.“ — „Tut mir leid, wenn Sie außer sich geraten, aber Sie schreiben im „Avanti“ auch immer so ungewöhnliche Sachen.“ — „Mag sein, Herr Kat, aber der Fall, wegen dessen wir Sie belästigen müssen, liegt anders. Wir haben den von Ihnen getriebenen Artikel gar nicht selbst geschrieben, sondern aus dem Amtsblatt des Königl. Reichs Italien abgedruckt, Nr. 125, vom 27. Mai 1916.“ — „So, so? Ja aber, das ist doch ein Unterschied, ob etwas im Amtsblatt oder im „Avanti“ steht; denn das Amtsblatt liest ja kein Mensch, dagegen den „Avanti“...“ — „Ab so, ich habe verstanden. Sie zensurieren das Amtsblatt auf dem Umweg über den „Avanti“. Also dann guten Morgen, Herr Kat, entschuldigen Sie die Störung.“ — Damit schloß das Ferngespräch. Aber eine Viertelstunde darauf, so erzählt der „Avanti“ weiter, brach ein schweres Gewitter über Mailand los und das elektrische Licht erlosch auf unserer Redaktion. Offenbar hatte die am Amtsblatt geübte Zensur sogar die Atmosphäre in Verwirrung veretzt. (z)

Begräbnis deutscher Seelente in Dänemark.

Blättermeldungen zufolge sind in Slagen am Dienstag 12 Leichen deutscher Seelente, die von Fischern eingefischt worden waren, unter großer Beileidigung der Behörden und der Bevölkerung auf dem Friedhof beerdigt worden. In größt mit Blumenbespenden reich geschmückten Särgen wurden zehn in einem gemeinsamen Grab beigesetzt und zwei Offiziere in besonderen Gräbern dicht neben ihren Kameraden bestattet.

Ueber die Gewalttat auf einen sozialdemokratischen Gemeindevertreter schreibt die „Münchener Post“: „Die Unruhen auf dem Marienplatz waren der Anlaß einer Bluttat, deren Opfer der Gemeindebevollmächtigte Genosse Faber Heinzmann wurde. Heinzmann wartete am Sonntagvormittag 11 Uhr an der Straßenbahnhaltestelle Reichenbach- und Rumfordstraße auf die Straßenbahn. Die Umstehenden unterhielten sich über die Vorfälle am Samstag und Heinzmann hörte, wie ein Mann über den Magistrat schimpfte und unter anderem erklärte: Im Magistrat sitzen lauter Lumpen. Heinzmann, der eben einsteigen wollte, wandte sich gegen diesen Mann, verbat sich unter Berufung auf seine Eigenschaft als Gemeindebevollmächtigter eine solche Beschimpfung und erklärte, der Magistrat habe es an nichts fehlen lassen, um die Lebensmittelversorgung zu regeln. Der Mann, es war der in der Müllerstraße 12 wohnhafte Higarrengeschäftsinhaber Michael Linsmair, schimpfte aber weiter, weshalb Heinzmann ihn erfuhrte, er solle seinen Namen angeben. Linsmair antwortete, wenn Heinzmann den Namen wissen wollte, so solle er nur mit ihm gehen. Heinzmann ging mit. Beim Anwesen Rumfordstraße 13 trat Linsmair in den Hausgang, Heinzmann folgte, und hier ließ Linsmair Heinzmann ein Stillet in die rechte Seite des Unterleibs. Heinzmann brach zusammen. Die Rettungsgesellschaft brachte den Verletzten in die Chirurgische Klinik. Nach Mitteilung der Klinik am Sonntagabend ist die Verletzung schwer, doch besteht zunächst keine Lebensgefahr. Heinzmann ist aber noch nicht vernehmungsfähig. Der Polizeiwachtmeister Stoffer wollte nach der Tat dem Linsmair das Stillet entwenden, verletzte sich aber dabei selbst an der Hand. Linsmair wurde dann verhaftet, leistete aber dabei erheblichen Widerstand. Das Schicksal Heinzmanns, der in weiten Kreisen bekannt und beliebt ist, wird sehr bedauert.“ (z)

Grubenunfälle in Frankreich. Nach dem „Petit Journal“ ist bei St. Etienne in einem Bergwerk ein Einsturz erfolgt; die Arbeiter hätten die Gefahr rechtzeitig bemerkt, so daß nur einer umgekommen sei. Weiter hätten sich bei Nimes in einem Schachte Kohlenfäuregase entzündet; bisher seien vier Tote geborgen.

Großer Brand in Bad Afen. Rittmoos früh ist das bekannte Kurhaus „Zum mutigen Ritter“, in Bad Afen bis auf den Grund niedergebrannt. Vermutlich ist das Feuer in der Zentralheizung ausgekommen, die auf Wunsch der Badegäste angefertigt worden war. Die Feuersbrunst griff mit solcher Schnelligkeit um sich, daß die vielen Badegäste nur ihr nacktes Leben retten konnten.

Die Schwester erschossen. In Groß-Schulzendorf im Kreise Zeltow spielten die beiden Kinder des Hofbesizers Engelmann, während die Eltern auf dem Felde arbeiteten, mit einem geladenen Tesching, als plötzlich ein Schuß losging und die zwölfjährige Tochter, in die Stirn getroffen, bewußlos zu Boden stürzte. Als der siebenjährige Bruder, der das Gewehr in der Hand gehabt hatte, sah, was er angerichtet, lief er vor Angst fort und versteckte sich. Beim Nachhausekommen fanden die Eltern die Kind im Blute liegen, und ein herbeigerufener Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Vier Monate Gefängnis für acht Pfund Speck. Der Schützer Michael Wilczek aus Puchland hat im April d. J. mittels Einsteigens in den Fleischkeller in Hingensbagen dem Gutspächter B. ein Stück Speck von wenigstens acht Pfund gestohlen. Urteil der Güstrower Strafkammer: vier Monate Gefängnis.

Riesenbrand im Hafen von Marseille. An Bord einer mit Mineralöl beladenen Barke, welche im Hafen von Madraque verankert war, brach Feuer aus; der Wächter verbrannte. Das auf dem Wasser weiter brennende Öl setzte andere Barken und beladene Leichter sowie Baracken am Rande der Ufertritte in Brand. Truppen und Feuerwehrtrossen brachten das Feuer in Schranken. Der Schaden ist bedeutend. Die Ursache des Feuers ist unbekannt.

Parteiveranstaltungen.

Neustadt. Die Bibliothek des Wahlvereins bleibt vom 3. Juli bis 2. August 1918 geschlossen. Ausstehende Bücher müssen bis zum 1. Juli in der Bibliothek abgeholt werden.

Tempelhof. Heute Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Reiner, Wolke, Ecke Erdensmeisterstraße. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Steglitz. Heute 8 1/2 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung bei Schellhae, Hornstr. 15a. Tagesordnung: Bericht von der Kreisgeneralversammlung; Wahl der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung.

Köpenick. Mitgliederversammlung Freitag, den 28. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Clippeloh, Schamerlinstraße. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 2. Stellungnahme zur Verbandsgeneralversammlung. 3. Wahl der Delegierten hierzu. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Eingegangene Druckschriften.

„Die Glode“. Sozialistische Wochenchrift. 12. Heft. Herausgeber: Varouk. Vierteljährlich 2,50 M. — Verlag für Sozialwissenschaft, Pankow. Sozialistische Monatshefte. 12. Heft. Herausgeber Dr. F. Bloch. Alle 14 Tage ein Heft. 60 Pf. — Selbstverlag, Berlin W. 35.

Die Zeitschrift „Blätter für Bühnenkunst“. Heft 5/6. Einzelheft 50 Pf. Bielefeld. Deutsches Verlagshaus, Charlottenburg.

Kriegsflugschriften des Dürerbundes. Nr. 154: Die hässliche Gehaltung der Industriearbeiter. Von Architekt G. Beutinger. 75 Pf. — Nr. 155: Kultur in den Kriegslagern. Von Margot Grube. 40 Pf. — Nr. 156: Unser Verhältnis zu Italien. Von H. Trentini. 30 Pf. — Nr. 157: Krieg und Friede. Von Professor R. Ratzsch. 1 M. — G. D. W. Callow, München.

Deutschlands Volksernährung im Kriege. Von Geheimrat Dr. Stadner. 1,20 M. Verlag „Naturwissenschaften“, Leipzig.

Aus meinem Stillschub. Originalillustrationen von O. Hamel. 2 M. Zum Besten des Roten Kreuzes. Druck von Eder u. Striffler, Hannover.

Hochdruck für Lebensmittel im Kleinhandel mit Groß. Berlin. 20 Pf. Garnikow u. Holstein, Berlin, Unter den Linden 60.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Im östlichen Küstengebiet noch überwiegend bewölkt, mit öfter wiederholten Regenschauern, bei wenig veränderten Temperaturen; in den übrigen Gegenden zeitweise heiter, keine erheblichen Niederschläge, langsame Erwärmung.

Briefkasten der Redaktion.

— **N. 100.** 1. Sie ist zur Rückgabe der Geschenke nicht verpflichtet. 2. Sie können einem Angehörigen eine Vollmacht zur Rückgabe der Geschenke ausstellen. — **M. 2.** 1. Es kann sofortige Ermäßigung erfolgen, wenn die Kündigung ordnungsgemäß erfolgt ist. 2. Der Hauswirt kann von dem alten Mieter Ersatz für den Schaden, der dem zuziehenden Mieter durch Verweigerung der Wohnung entsteht, verlangen. 3. Nachzahlung wird nicht erfolgen. Die Frau muß beim Bezirkskommando Nachzahlung halten, zu welchem Zeitpunkt der Mann eingezogen ist, und den Unterhaltungslohn von ihrem Mann einfordern. — **W. 100.** 1. 400 M. jährlich. 2. Für jedes Kind 168 M. jährlich. — **M. 34.** Wenn Sie ein Einkommen von mindestens 900 M. haben, sind Sie steuerpflichtig. — **S. 2.** 1. Die Beschwerde ist an den Regierungsbürokraten in Frankfurt a. O. zu richten. 2. Das Gesetz ist jetzt noch nicht in Kraft getreten. Antrag ist an das Versicherungsamt des Kreises Niederbarnim in Berlin, Friedrich-Karl-Str. 5 unter Einreichung der Aufrechnungsbelegungen und der letzten Quittungsform zu stellen. — **W. 25.** Da ein volles Jahreseinkommen für das Jahr 1915 für Sie nicht vorliegt, wird die Steuererhebung nach dem gegenwärtigen Einkommen vorgenommen. — **M. 30.** Die Einuhr ist nicht zulässig. — **M. 13.** Die Karte muß am 7. Juli ungetauscht werden, die Marken vor dem 7. Juli abhellen. Die Angabe des Datum für die Umwertung steht Ihnen frei. — **S. 100.** Das Gesetz ist jetzt noch nicht in Kraft getreten. — **Trepp 7.** Sie verlieren Ihre Ansprüche auf die Witwenrente nicht. Der Antrag ist innerhalb eines Jahres nach Kriegsende noch zulässig. — **M. 8.** Solange Ihr Mann zum Militärdienst eingezogen ist, wird die Steuer nicht erhoben; die Frist zur Reklamation läuft nicht, das heißt, es braucht eine Reklamation jetzt nicht erfolgen. — **S. 8.** Ein begründeter Antrag ist an das Vormundschaftsamt der Stadt Berlin, Landberger Straße 44/45, unter Angabe der Sparkasse und der Nummer des Sparkastensbuches zu richten. — **W. 11.** 99. Nein. — **S. 8.** Leichter. Die Witwenpension beträgt für die Witwe eines österr. Soldaten 9 Kronen monatlich, bei voller Erwerbsunfähigkeit und Vermögenslosigkeit kann noch eine Pensionzulage von 8 Kronen gewährt werden. Der Erziehungsbeitrag beträgt für Knaben bis zum 16. Lebensjahre und für Mädchen bis zum 14. Lebensjahre 4 Kronen monatlich. — **S. 7.** 1. Bei Wochenlohn müssen die Feiertage mitbezahlt werden. 2. Wenn Sie von den Eltern des Kindes keinen Ersatz verlangen können, halten Sie für den Schaden. — **S. 2.** 1. Adressen sind uns nicht bekannt. — **S. 25.** Wehen Sie an einen Arzt in Behandlung. — **M. 2.** 15. Stadterordneter Leib. Bankstr. 57. — **M. 13.** Kernenerkrankung als Folgeerscheinung eines Unfalls. — **W. 21.** Schmerin i. West. — **S. 07.** Grundbesitz. Sie sind in der Hochschule für Kunst, Charlottenburg, Rajanenstr. 1. — **Gema.** 1. 27. Januar 1912. 2. 1897. — **102.** 1. Eine solche Gefahr besteht. 2. Ist nicht statthaft. — **W. 15.** Auskunft wird erteilt das preussische Ministerium für Landwirtschaft, Verwaltung der Staatsforsten, Leipziger Platz 6/7. — **W. 125.** 1. Wenden Sie sich an den Magistrat. 2. Nein. Wenn die Firma die Ausschüttung eines Kriegsgeldes verweigert, so reichen Sie Beschwerde beim Kriegsausschuss für die Metallindustrie, Berlin, Musterbauener Straße, ein. — **S. 95.** Sie müssen die Reparaturkosten für den Tisch tragen, da er doch schließlich durch Ihre Unachtsamkeit ruiniert worden ist. — **S. 75.** Wenn der Mann allein den Vertrag unterschrieben hat, kann Zahlung nur von ihm verlangt werden. Gehört er einem mobilen Truppenteil an, kann er jetzt nicht verklagt werden. Es wäre aber doch zu empfehlen, um Weiterungen aus dem Wege zu gehen, bei der nur noch geringen Restschuldsumme eine gütliche Einigung mit der Firma anzustreben, indem geringere Teilzahlungen angeboten werden, auf die die Firma wohl eingehen wird. — **S. 20.** Sie hatten trotzdem für die Rente bis zum Ablauf des Vertrages. Dem Wirt steht das Pfändungsrecht an den eingebrachten Sachen zu. — **S. 2.** 1. Die Schwägerin wird die Reichsmoosbühne in diesem Fall nur bei der Steuerkasse beantragen können. Sie selbst hat keinen Anspruch mehr auf die Stellenleitungen aus Ihrer Versicherung, es besteht auch kein Anspruch auf Steuerbezug von der Kasse des Ehemannes. Da Sie keinen Anspruch auf bestimmte Sorten Fleisch haben, werden Sie gegen die Anordnung des Schlächters mit Erfolg nichts unternehmen können. — **M. 21.** Ihr Mann hat keinen rechtlichen Anspruch auf Urlaub. — **S. 12.** Anspruch auf Sterbegeld besteht nur, wenn die Beiträge nach der Einberufung des Ehemannes weitergezahlt worden sind. — **S. 88.** Sie brauchen auf die Bedingung des Hauswirts nicht eingehen und können die im Vertrag festgelegten Mieten vom Hauswirt verlangen. — **M. 34.** Wenn Sie den Krankenkassenarzt nicht in Anspruch genommen haben, ist die Kasse zur Zahlung nicht verpflichtet.

— **100 G. 2.** Die Bundesratsberatung berechtigt nur Mitglieder, die sich weiterentwickelt haben und im leiblichen Ausland stehen, zum Bezug von Stellenleitungen. — **S. 100.** Diese Bestimmung im Vertrag ist rechtsgültig. Wenn Sie den Vertrag nicht auf ein Jahr verlängern wollen, müssen Sie innerhalb der im Vertrag angegebenen Frist kündigen. — **S. Lu. 100.** Sie brauchen gegen die Steuerverwaltung nichts unternehmen; da Ihr Mann zum Heere eingezogen ist, läuft die Frist zur Reklamation nicht ab. — **Warta 100.** Wenn Anzeige wegen Diebstahl erstattet wurde und auf eine Anklage des Staatsanwalts Freispruch erfolgte, hat eine Klage wenig Aussicht auf Erfolg, da wahrscheinlich der Beweis für den Diebstahl nicht erbracht ist. — **Neustadt 28. Ja.** — **S. N. 6.** 1. und 2. Bei der Beamtentestung handelte es sich um die Kriegsauslage für die Militärkassabehälter. Sie können deshalb die Zulage vom steuerpflichtigen Einkommen nicht in Abzug bringen. 3. Das Einkommen des Kalenderjahres wird zur Grundlage der Berechnung genommen. — **Peter 2.** Der Strafzahlung vom Lohn ist den Bestimmungen der Arbeitsordnung gemäß zulässig. — **S. 41.** Ihre Familie hat keinen Anspruch auf weitere Familienunterstützung. — **M. 37.** 1. Sie können in diesem Falle das Jahrgeld vom steuerpflichtigen Einkommen abziehen. 2. und 3. Nein. 4. Ermäßigung kann nur beantragt werden, wenn sich das Einkommen um ein Fünftel des Verdienstes verringert hat. 5. Diese Ermäßigung besteht schon vor dem. Wenn für den Steuerpflichtigen ein volles Jahreseinkommen zur Veranlagung nicht vorliegt, was jetzt vielfach durch die Einziehung zum Militär der Fall ist, wird der gegenwärtige Verdienst zur Grundlage der Besteuerung genommen. — **M. 2.** 1. Sofortige Entlassung ist bei länger dauernder Krankheit zulässig. Die Ausstellung eines Requiriments müssen Sie zunächst vom Arbeitgeber verlangen. 2. Eine Reklamation ist in diesem Falle statthaft. 3. Ja. — **Nieder-Schönhausen 69.** 1. Ja. 2. und 3. Nein.

A. WERTHEIM

Damen-Handschuhe

- Zwirnhandschuhe farbig und weiß 48 Pf.
- Leinen-Ersatz in farbig und schwarz, mit 2 Druckknöpfen .. 75 Pf. 1.20
- Zwirn-Netzgewebe farbig u. weiß, mit 2 Druckknöpfen .. 0.55
- Schweden-Ersatz in farb., 2 Druckkn. 0.95
- Seide glatt, in weiß u. farb., 2 Druckkn. 1.10
- Seide Netzgewebe, in weiß, farbig und schwarz, mit 2 Druckknöpfen .. 1.15
- Fior-Handschuhe rundgewebt, f. farb. 1.15
- Leinen-Ersatz in grün und blau, mit weißer Aufsicht .. 1.75
- Waschleder-Ersatz hellgelb, mit schwarzer Aufsicht .. 1.75
- Seide glatt, in weiß mit verstärkten Fingerspitzen und 2 Druckknöpfen 1.95

Bade-Artikel

- Trikots f. Herren, schwarz 1.75 2 M. 2.65
- Trikots für Herren, schwarz, mit Besatz .. 2.80 3 M. 3.25
- Trikots für Herren, farbig gestreift .. 2.30 2.50 2.75
- Trikots für Damen, schwarz mit Besatz .. 2.50 2.65 2.80
- Trikots für Damen, schwarz mit Besatz u. Boin-schlagornierung .. 2.65 3 M. 3.25
- Trikots für Knaben, gestreift .. 1.90 2.10
- Trikots für Kinder .. 70 Pf. 1 M.
- Anzüge für Damen, aus rotom Stoff mit Besatz .. 2.45 2.80
- Anzüge für Damen, aus gestreitem Stoff mit Besatz .. 3.40 3.60
- Anzüge für Damen, aus blauem Cheviot, Bluse und Beinkleid .. 6.50
- Kappen .. 28 70 Pf. 1.15 1.50 2.15
- Laken St. 100/100 100/120 100/130 130/200 160 200 2.15 3.40 3.75 7.80 8.25
- Handtücher .. 80 Pf. 1.40 1.75 2.60
- Pantoffeln, Schuhe, Rückenreiber, Teppiche, Mäntel in weiß und farbig in den verschiedensten Preislagen.

Damen-Handtaschen 2 M. 2.85 3.75 bis 11.50 in versch. Formen u. Ledersorten

Damenstrümpfe

- Damenstrümpfe Flor, fein mit durchbrochen. Zwickel, schwarz od. farbig 1.40
- Damenstrümpfe bester Seidenersatz schwarz oder farbig .. 1.65
- Damenstrümpfe Seide mit Florsohle, schwarz ... 2.10 farbig 1.90
- Damenstrümpfe Tramsseide mit Florobertel u. Florsohle, schwarz od. farbig 3.50

Damen-Schnürstiefel

- Schwarz Chromleder mit Lackkappen .. 15.50 18.50

Lebensmittel

Donnerstag
sowie Vorrat

Kolonialwaren

- Gem. Backobst Pfd. 1.30 1.50
- Bosnische Pflaumen Pfd. 1.50
- Haferflocken in jedem Kauter Pfd. 58 Pf.
- Gerstenmehl nicht mehr wie je 1 Pfd. Pfd. 59 Pf.
- Getr. Kohlrüben .. Pfund 2 M.
- Getr. Steinpilze .. Pfund 4.30

Puddinge leicht gefärbt

- Schwedische Spelse .. Pak. 45 Pf.
- Olympia-Pudding .. Pak. 35 Pf.
- Residenz-Pudding .. Pak. 30 Pf.
- Pudding-Pulver .. Pak. 20 Pf.

Räucherwaren

- Ahlbecker-Flundern } zu Kleler-Bücklinge } Tagespreisen
- Lachsheringe .. Stück 50 Pf.
- Seelachs .. Pfund 1.90

Fisch-Konserven

- Bratheringe, Dose ca. 8 Liter .. 11.80
- Heringe in Gelee .. % Pfd. 70 Pf. Dose ca. 4 Liter 6.25
- Muscheln in Gelee .. % Pfd. 40 Pf. Dose ca. 4 Ltr. 4.25 ca. 8 Ltr. 7.50
- Bismarckheringe Dose ca. 4 Ltr. 6 M.
- Anchovis % Pfd. 40 Pf., Dos. ca. 4 Ltr. 4 M.
- Gabelbissen .. % Pfund 1.10 Dose ca. 4 Liter 9.50
- Gewürz-Gurken Pfd. 80 Pf., 10 Pfd. 7 M.
- Dellkatel-Essig-Gurken, Dose ca. 8 Liter 9.50
- Salz-Gurken, Dose ca. 4 Liter .. 4.50 Dose ca. 8 Liter 7 M.
- Essig-Gemüse (Mixed Pickles) Pfd. 1 M. Dose ca. 8 Liter 4.25
- Senfgurken .. Pfund 80 Pf.
- Sardellen .. Pfd. 1.40 2.40 2.60
- Fett-Heringe .. Stück 20 Pf.

Fische

- Schellfische Pfund 1.10 u. 1.20
- Kabliau ohne Kopf, in ganzen Fischen .. Pfund 1.30
- Kabliau-Salzfish Pfund 80 Pf.
- Rotzungen .. Pfund 1.20
- Knurrhahn .. Pfund 80 Pf.
- Petermännchen .. Pfund 1.10
- Lutefische in ganzen Stücken, 50 Pf. von 3-5 Pfund, Pfd.
- Klippfische .. Pfund 85 Pf.
- Lebende Aale Pfd. von 1.90 an
- Lebende Krebse per Mandel 3.50 4.50 5.50
- Große Krebse Stck. 50 Pf.

Marmelade

- Gemischte Marmelade .. 2 Pfd 1 M.
- Orangen-Marmelade .. Pfd. 80 Pf.
- Folgen-Marmelade .. Pfd. 80 Pf.
- Pflaumen-Marmelade .. Pfd. 80 Pf.
- Erdbeer-Marmelade .. Pfd. 85 Pf.
- Himbeer-Marmelade .. Pfd. 85 Pf.
- Johannisbeer-Marmelade .. Pfd. 85 Pf.
- Aprikosen-Marmelade .. Pfd. 95 Pf.
- Neue Stachelbeer-Marmelade (leicht gefärbt) Pfd. 80 Pf.
- Preisselbeeren .. Pfd. 80 Pf.
- Pflaumenmus .. Pfd. 85 Pf.
- Kunsthonig .. Pfd. 58 Pf.
- Gemischte Marmelade wird nicht versandt, die andere nur in Eimern zu 25 und 50 Pfund mit 5 Pf. Ermäßigung pro Pfund.
- nur Leipziger Straße:
- Erdbeer-Gelee .. Pfd. 75 Pf.
- Brombeer-Gelee .. Pfd. 75 Pf.
- Orangen-Gelee .. Pfd. 65 Pf.

Obst und Gemüse

- Kohlrabi .. Pfund 18 Pf.
- Radieschen .. 3 Bund 10 Pf.
- Salat .. 4 Köpfe 10 u. 15 Pf.
- Rhabarber .. 2 Pfund 25 Pf.
- Gurken .. Pfund 32 Pf.
- Zwiebeln junge .. 4 Stück 15 Pf.
- Mohrrüben .. Pfd. 28 Pf.
- Tomaten große .. Pfund 1.50
- Zitronen ... Dtz. 40 50 60 Pf.
- Blaubeeren .. Pfund 75 Pf.
- Johannisbeeren rote, Pfd. 60 Pf.
- Erdbeeren .. Pfund 58 und 85 Pf.
- Kirschen .. Pfund 45 Pf.
- Aprikosen .. Pfund 68 Pf.
- Originalkorb mit ca. 8 Pfd., Pfd. 58 Pf.

Neue saure Gurken

Stück 30 und 35 Pf.

Kaviar-Ersatz (leicht gefärbt)

% Pfd. 1.30 Pfd mit ca. 7% Pfund. Pfd. 4.75

Schneehühner

Stück ... 2.90 und 3.20

Fischwurst zum Warmessen, eignet sich vorzüglich zur Bereitung von Hackbraten, Frikandellen, Pichelstelner, Gulasch, Fischwurst-Salat etc. Pfd. 1.90